

Norbert Eschborn **Thailand
unter Thaksin.
„Neues Denken,
neues Handeln“ –
zurück in die Zukunft?**

Mit ihrer Wahlentscheidung vom 6. Januar 2001, der Ausstattung der stärksten parlamentarischen Kraft durch die absolute Mehrheit der Mandate im Repräsentantenhaus, haben die Thais für ein Novum in der politischen Geschichte des Königreichs gesorgt. Der neue Premierminister Thaksin Shinawatra, begleitet nur von seinem Image als erfolgreicher Geschäftsmann, wurde auf einer unerwartet hohen Popularitätswelle in sein neues Amt getragen. Doch nun wird der Wahlsieger, der sich im Wahlkampf als nationaler Retter zu profilieren versuchte, an den von ihm selbst gesetzten Standards gemessen werden. Sein Kabinett wird unter dem Druck der von TRT, der von Thaksin gegründeten Partei, besonders bei sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen geweckten Erwartungen stehen. Gleichzeitig setzen die finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Landes dem Handlungsspielraum der Regierung enge Grenzen. Die thailändische Zivilgesellschaft wünscht zwar den Erfolg der angestrebten sozialen Reformen, wird aber darüber wachen, dass die Thaksin unterstellte enge Verbindung zwischen Politik und Geschäft nicht in eine Umkehr der seit 1997 erreichten politischen Reformen mündet – Anzeichen dafür gibt es bereits. Ist Thailand zurück auf dem Weg in die Zukunft?

Die Wahlen zum thailändischen Repräsentantenhaus am 6. Januar 2001 haben zu dem erwarteten Machtwechsel geführt. Mit einem in seiner Höhe allerdings überraschenden Erdrutschsieg seiner TRT schaffte der Medienunternehmer Dr. Thaksin Shinawatra eine politische Sensation: Die erst vor drei Jahren entstandene TRT nimmt allein knapp die Hälfte der 500 Mandate des Repräsentantenhauses ein und kann nach der in Aussicht stehenden Fusion mit der Splitterpartei Seritham sogar mit einer formell absoluten Mandatsmehrheit rechnen. Die bisher regierende Demokratische Partei von Premierminister Chuan Leekpai wurde von den Wählern mit deutlichem Abstand auf den zweiten Platz und damit in die Opposition verwiesen, auch wenn sich ihre Stimmenverluste in engeren Grenzen hielten als von der Parteiführung zunächst befürchtet. Die anderen Parteien hingegen verloren entweder dramatisch oder schafften erst gar nicht den Sprung ins Parlament. Geradezu ausgelöscht wurden einige der bekanntesten Mandats-Erbhöfe landesweit bekannter Politiker und Familien.

Keine gewählte, zivile Regierung in der neueren Geschichte des Königreichs konnte sich bisher auf eine solch breite parlamentarische Basis der Regierungspartei stützen wie TRT, denn absolute Mehrheiten waren im Repräsentantenhaus bisher unbekannt. Gleichwohl erstrebte Thaksin von Beginn an die Bildung einer Koalition mit bis zu zwei kleineren Partnern, um sich eine stabile, strategische Regierungsmehrheit zu sichern, die in Thailand in der Regel über der absoluten Mehrheit liegt, in diesem

Fall bei etwa 320 Mandaten. Der rechtliche Hintergrund für diese Zahl ist der Artikel 185 der Verfassung, wonach ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister nur von mindestens zwei Fünftel der Mitglieder des Repräsentantenhauses, d.h. 200 Abgeordneten, beantragt werden kann. Damit hat der neue Regierungschef die parlamentarische Opposition schon am Beginn der Legislaturperiode um eines ihrer traditionell gegen den Premierminister eingesetzten Kampfmittel gebracht.

■ Das Wahlergebnis

Erstmals kamen bei dieser Wahl die Bestimmungen der Reformverfassung von 1997 sowie des in ihrem Gefolge verabschiedeten Wahlgesetzes zur Anwendung: 400 Abgeordnete wurden in Einerwahlkreisen nach Mehrheitswahlrecht gewählt, weitere 100 kamen über landesweite Parteilisten nach Verhältniswahlrecht ins Parlament, wobei eine Fünf-Prozent-Sperrklausel galt.

Wahlberechtigt waren insgesamt 42,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger, rund 4,3 Millionen mehr als 1996. Die Wahlbeteiligung lag mit 69,95 Prozent ebenfalls höher als beim letzten Mal (1996: 62,42 Prozent). Diese Zahl ist angesichts der in Thailand geltenden Wahlpflicht um so bemerkenswerter, als ein knappes Drittel der Wahlberechtigten sich auch durch die Strafandrohungen für Nichtwahl in keiner Weise beeindrucken ließ. Immerhin 2,49 Prozent

■ Ergebnis der Wahl zum thailändischen Repräsentantenhaus am 6. Januar 2001 (Sitzverteilung nach Parteien und Regionen)

Parteien	Bangkok	Zentral-Region	Nord-Region	Nordost-Region	Süd-Region	Wahlkreis-Mandate	Partei-Listen-Mandate	Gesamte Mandate
TRT	29	47	54	69	1	200	48	248
DEM	8	19	16	6	48	97	31	128
CT	0	21	3	11	0	35	6	41
NAP	0	3	1	19	5	28	8	36
CP	0	4	2	16	0	22	7	29
ST	0	0	0	14	0	14	0	14
R	0	1	0	1	0	2	0	2
TT	0	0	0	1	0	1	0	1
SAP	0	0	0	1	0	1	0	1
Gesamt	37	95	76	138	54	400	100	500

Quelle: Election Commission of Thailand; TRT = Thai Rak Thai, DEM = Democrat Party, CTP = Chart Thai, NAP = New Aspiration Party, CP = Chart Pattana, ST = Seritham, R = Rassadorn, TT = Thin Thai, SAP = Social Action Party (es standen 43 Parteien und 3721 Kandidaten zur Wahl).

1) Die in vielen Wahlkreisen insbesondere des Nordostens zu beobachtende Wählerwanderung von der dort über ein Jahrzehnt vielerorts dominierenden NAP Chavalits zur TRT Thaksins hat in der thailändischen Presse zu Spekulationen hinsichtlich möglicher Wahlkreisabsprachen zwischen beiden Parteien geführt. Tatsächlich gab der NAP-Generalsekretär Wan Muhamad Nor Matha dies mit Bezug auf die Nachwahlen am 29. Januar öffentlich zu. Demnach sollten in Wahlkreisen, wo am 6. Januar die Differenz zwischen dem NAP- und dem TRT-Kandidaten mehr als 2000 Stimmen betragen habe, die Stimmen des Kandidaten mit dem schlechteren Ergebnis dem jeweils anderen Bewerber „zugeleitet“ werden. Eine detaillierte Analyse der Wahlkreisergebnisse des Nordostens wäre daher schon deshalb interessant, weil sie Aufschluss darüber geben könnte, inwieweit es bereits lange vor dem Wahltag Vereinbarungen über eine weitergehende politische Zusammenarbeit zwischen TRT und NAP gegeben hat, bevor diese beiden Partner nach der Wahl, gemeinsam mit der CT, eine Koalitionsregierung bildeten. Dass diese Absprachen nicht überall funktionierten, zeigt die von der Presse berichtete Weigerung des von der Wahlkommission nach dem ersten Wahlgang suspendierten TRT-Kandidaten im Wahlkreis 2 der Provinz Roi-et, der die „Umleitung“ seines Stimmenpotenzials an den dort ebenfalls kandidierenden NAP-Vertreter ablehnte und stattdessen zur Unterstützung des Kandidaten der neugegründeten Thin Thai (TT, Mutterlandspartei) aufrief. Tatsächlich war dies dann der Wahlkreis, wo es TT gelang, ihr einziges Parlamentsmandat zu gewinnen – ein eindringlicher Beleg dafür, dass „Aufrufe“ zur „Stimmenumleitung“ von den Wählern des Nordostens in der Regel befolgt werden; vgl. *Bangkok Post*, 28. Januar 2001.

oder rund 745 000 der abgegebenen Stimmen für die Parteilisten bzw. zehn Prozent oder 2,9 Millionen Stimmen für Wahlkreiskandidaten waren ungültig.

Analysiert man das Wahlergebnis unter regionalen Aspekten, ergibt sich z.B. bei den Parteilistenmandaten eine klare Aufteilung des Landes in zwei Einflusssphären, wobei sich erneut die Erfahrung bestätigte, dass das Votum der Landbevölkerung des Nordostens entscheidet, welche Partei die Regierung bildet. Während TRT nahezu im gesamten Norden (woher der in Chiang Mai geborene Thaksin stammt) und Nordosten – auf Kosten der dort bisher dominierenden NAP¹⁾ – die meisten Stimmen gewinnen konnte, gelang es den Demokraten weitgehend, ihre südthailändischen Hochburgen in einem Gebiet, das sich von der Provinz Petchburi bis an die malaysische Grenze erstreckt, zu halten. Die traditionellen Machtzentren der anderen, kleineren Parteien – z.B. die Zentralregion mit der Provinz Suphanburi als Kern von Chart Thai sowie der untere Nordosten, insbesondere die Provinz Nakon Ratchasima, für Chart Pattana – blieben im Wesentlichen erhalten, wenngleich auch diese beiden Parteien z.T. erhebliche Verluste hinnehmen mussten. Hingegen kam es in der für ihre häufigen politischen Stimmungswandel bekannten Hauptstadt Bangkok zu einer Umkehr der Verhältnisse: Hatten 1996 die Demokraten noch 29 der insgesamt 37 Wahlkreise der Metropolis gewinnen können, nahm ihnen TRT 2001 genau diese Anzahl der Mandate ab, während die ehemalige Regierungspartei in Bangkok jetzt nur noch acht Abgeordnete stellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Wahlergebnisse wird verzerrt durch die Bestimmung der Reformverfassung von 1997, wonach das neugewählte Repräsentantenhaus mit 500 Mitgliedern über 100 Abgeordnete mehr hat als die Vorgängerkammer. Der Vergleich der Wahlergebnisse 1996 und 2001 basiert daher auf den prozentualen Mandatsanteilen der Parteien.

Wie in Thailand üblich und wie schon bei den Senatswahlen im Frühjahr 2000 kam es auch diesmal wieder im ganzen Land zu illegalen Handlungen und Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf (insbesondere Stimmenkäufe) sowie während des Wahlvorgangs. Da der Nationalen Wahlkommission Thailands (ECT)

Parteien	Mandatsanteil 2001 in % (500 Mandate)	Mandatsanteil 1996 in % (393 Mandate)	Gewinne/Verluste in %
TRT	49,6	0	+49,6
DEM	25,6	31,3	-5,7
CT	8,2	8,9	-0,7
NAP	7,2	31,8	-24,6
CP	5,8	12,9	-7,1
ST	2,8	1,0	+1,8
R	0,4	0	+0,4
TT	0,2	0	+0,2
SAP	0,2	0,2	0
Gesamt	100	86,1*	

*Fehlende Anteile bis 100%: Parteien, die 2001 nicht mehr im Repräsentantenhaus vertreten sind

eine große Anzahl entsprechender Anzeigen und Beschwerden vorlagen, setzte sie drei Wochen nach dem ersten Wahlgang aufgrund der Ergebnisse eigener Ermittlungen in 29 Provinzen Nachwahlen in 62 Wahlkreisen an. Dabei gelang es den kleinen Parteien Thin Thai und Rassadorn, die beim ersten Wahlgang

Geschlecht	Anteile in %
Männlich	91,75
Weiblich	8,25
Altersgruppen	
20-30 Jahre	2,9
31-40 Jahre	16,9
41-50 Jahre	35,6
51-60 Jahre	25,4
61-70 Jahre	12,5
über 70 Jahre	6,7
Bildung	
Promotion	10
Magister	42
Bachelor	40
Sonstige	8
Berufe	
Berufspolitiker	61
Wirtschaftsvertreter und Selbständige	21
Beamte und Angestellte von Staatsbetrieben	13
Polizisten und Militärs	3,3
Sonstige	1,7

■ Gewinne und Verluste der Parteien nach Mandatsanteilen bei der Wahl zum thailändischen Repräsentantenhaus am 6. Januar 2001 (im Vergleich zur Wahl am 17. November 1996)

■ Profile der Mitglieder des thailändischen Repräsentantenhauses nach der Wahl vom 6. Januar 2001 (nach Geschlecht, Altersgruppen, Bildung und Berufen)

Quelle: *The Nation*

noch erfolglos geblieben waren, zumindest ein bzw. zwei Wahlkreismandate zu gewinnen.

Zu seinem Sprecher wählte das Repräsentantenhaus am 5. Februar Uthai Pimchaichon. Der TRT-Vertreter und frühere Vorsitzende der Verfassunggebenden Versammlung gilt als integrierter Politiker und genießt Vertrauen in vielen Lagern.²⁾ Mit seiner Wahl wurde er gemäß der Verfassung auch gleichzeitig Präsident der aus beiden Parlamentskammern bestehenden Nationalversammlung. Zu seinen beiden Stellvertretern wurden Somsak Prisananathakul (CT) und Boonchong Veessommai (NAP) gewählt.

2) Bekannt wurde er vor allem durch seine Anfang der siebziger Jahre gegen den damaligen Militärdiktator Feldmarschall Thanom Kittikachorn eingereichte gerichtliche Klage wegen dessen Staatsstreichs im November 1971, was Uthai eine zweijährige Gefängnisstrafe einbrachte; vgl. *The Nation*, 5. Februar 2001, und *Bangkok Post*, 11. Februar 2001.

■ Ausgangslage und Bilanz der Regierung Chuan

Am 9. November 2000 hatte das thailändische Staatsoberhaupt König Bhumipol Adulyadej auf Vorschlag von Premierminister Chuan Leekpai das Repräsentantenhaus aufgelöst. Neuwahlen für die erste Parlamentskammer wurden für den 6. Januar 2001 ausgeschrieben. Dieser turnusgemäße Urnengang war von weiten Teilen der Bevölkerung bereits für einen früheren Termin gefordert worden – wuchs doch die allgemeine Verdrossenheit über den seit 1997 amtierenden Chuan mit jedem Tag spürbarer.

Das aufgelöste Repräsentantenhaus war aus den allgemeinen Wahlen vom 17. November 1996 hervorgegangen. Die abgelaufene Legislaturperiode war somit die längste eines frei gewählten Parlaments seit der Einführung der konstitutionellen Monarchie in Thailand im Jahr 1932. In einem Staat mit einer langen Tradition von Militärputschen und einander schnell ablösenden Verfassungen muss allein das als beachtlicher Erfolg des seit Beginn der neunziger Jahre andauernden politischen und konstitutionellen Reformprozesses bewertet werden. Die Kammer stellte auch noch einen anderen, ungleich bedeutsameren Rekord auf: Mit annähernd 300 verabschiedeten Gesetzen erwies sie sich im Vergleich zu den Ergebnissen früherer Legislaturperioden als arbeitssam und schickte sich an, das in der internationalen politikwissenschaftlichen Forschung weit verbreitete Urteil über die legislative Unproduktivität thailändischer Parlamente zu relativieren. Allerdings war diese Welle so wichtigen neuen Rechts wie z.B. dem Parteiengesetz, dem Gesetz zur Einführung eines

Ombudsmanns, dem Dezentralisierungsgesetz sowie der Einrichtung der Nationalen Menschenrechts- und der Antikorruptions-Kommission zum großen Teil das Resultat der Vorgaben der Reformverfassung von 1997 bzw. Bestandteil der vom Internationalen Währungsfonds für nötig erachteten Maßnahmen gegen die ebenfalls 1997 in Thailand ausgebrochene sogenannte asiatische Wirtschaftskrise: Dazu zählen u.a. die Einführung eines Konkursrechts sowie einer entsprechenden Gerichtsbarkeit sowie eines modifizierten Wettbewerbsrechts.

Chuan Leekpai, Vorsitzender der Demokraten, war bereits von 1992 bis 1995 Ministerpräsident. Im November 1997 war der damalige Oppositionsführer während einer schweren Regierungskrise durch den Wechsel bisheriger Koalitionsparteien auf die Seite der Demokraten dem glücklosen Kurzzeitpremier Chavalit Yongchaiyudh nachgefolgt. Chavalit, ein früherer Oberkommandierender der Streitkräfte und Vorsitzender der von ihm gegründeten New Aspiration Party, galt allgemein als überfordert mit der Bewältigung des in seiner Schnelligkeit und den dramatischen sozialen Konsequenzen beispiellosen ökonomischen Niedergangs des einstigen Wirtschaftswachstumswunderlands und verschliss in nur elfmonatiger Amtszeit drei Finanzminister. Chuan hingegen mit seinem sorgfältig gepflegten Image aus persönlicher Integrität und politischer Seriosität erschien im Herbst 1997 wie ein idealer Krisenmanager, der zudem die in der Fachöffentlichkeit und den Medien aufgrund ihres jeweiligen beruflichen Hintergrunds als ökonomisches „Dreamteam“ gefeierten Tarrin Nimmanahaeminda sowie Dr. Supachai Panitchpakdi als Finanz- bzw. Wirtschaftsminister seiner Regierung präsentieren konnte. Mit Chuan verbanden sich sowohl die Hoffnungen der thailändischen Mittelschicht als auch der ausländischen Investoren und internationalen Organisationen auf eine korruptionsfreie und wirtschaftspolitisch kompetentere Regierung. Die Bevölkerung erhoffte sich von ihm die Bewältigung und soziale Abfederung der dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise, verbunden mit einer möglichst raschen wirtschaftlichen Erholung des Landes sowie die Fortsetzung des politischen Reformprozesses und die Umsetzung der Kernvorgaben der Reformverfassung von 1997.

Drei Jahre später allerdings hatte sich das Bild grundlegend verändert: Trotz eines für 2000 projizierten Wirtschaftswachstums von bis zu fünf Prozent und der trotz jüngster Schwächen noch als relativ stabil zu bezeichnenden Währung Baht fehlte dem Regierungschef und seiner Partei gemäß der veröffentlichten Meinung die erforderliche Unterstützung der Wählerschaft für einen Wiedereinzug ins „Government House“ im Jahr 2001. Die Ursachen hierfür lagen offensichtlich in der Wahrnehmung breiter Teile der Wirtschaft und der Öffentlichkeit, dass sich das Land nicht wirklich und nachhaltig von der Wirtschaftskrise erholt hat und die von der Regierung propagierten Ziele bzw. Erfolge ihrer Konsolidierungspolitik entweder nicht den Bedürfnissen der Zielgruppen entsprachen oder nicht bei ihnen angekommen waren. Im Gegenteil: Die Hunderte über Monate hinweg vor dem Regierungssitz campierenden, zumeist bäuerlichen Demonstranten aus dem strukturschwachen Nordosten, dem Armenhaus Thailands, waren ein Symbol für die Defizite der Regierungspolitik im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der Tat dämpfte die wirtschaftliche Entwicklung die Hoffnungen auf rasche nachhaltige Erholung, und die Bilanz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Thailands am Ende des Jahres 2000 ergab ein gemischtes Bild. Während zu Jahresbeginn viele Zeichen auf eine allgemeine Aufwärtsbewegung wichtiger ökonomischer Indikatoren wiesen, deuteten sich in der zweiten Jahreshälfte Vorboten eines wirtschaftlichen Abschwungs an, die allgemein Befürchtungen einer erneuten Rezession in 2001 nährten.

Zu den Positivfaktoren zählte unzweifelhaft die fortschreitende Stabilisierung des Finanzsektors, verbunden mit einem Rückgang der sogenannten notleidenden Kredite um mehr als die Hälfte ihres Umfangs im Vergleich zu ihrem Höchststand Mitte 1999. Trotz steigender Ölpreise und einer fortgesetzten Schwäche des Baht konnte zudem die Inflationsrate bei rund 1,6 bis 1,8 Prozent im Jahr 2000 weitgehend unter Kontrolle gehalten werden, wodurch der Zentralbank die Aufrechterhaltung niedriger Zinsraten möglich war. Mit einem Volumen von umgerechnet 70 Milliarden US-Dollar überstiegen die Exporte eine historische Marke. Demgegenüber

stand eine Zunahme der Importe von rund 36 Prozent, im Wesentlichen durch höhere Energiepreise verursacht. Nicht ohne Besorgnis wurde auch das Anwachsen der Importe von Luxusgütern um 22 Prozent bis zum dritten Jahresquartal bewertet. Wirtschaftskommentatoren sahen darin ein Anzeichen für erneutes, ungebremstes Konsumverhalten begüterter Bevölkerungsgruppen, das das Potenzial einer Neuauflage der *bubble economy*, finanziert durch in ausländischer Währung aufgenommene kurzfristige Kredite, in sich trage, die bekanntlich 1997 die Krise in Thailand verschärften. Demgegenüber standen am Jahresende 2000 jedoch, im Unterschied zum seinerzeitigen Krisenszenario, Währungsreserven von umgerechnet 32 Milliarden US-Dollar. Die Zentralbank begann im September 2000 mit der Tilgung von Krediten des Internationalen Währungsfonds aus dem Jahr 1997. Dieser Rückzahlungsprozess wird bis 2003 andauern. Währenddessen erlebte der Baht nach einem Höchststand von 36,90 gegenüber dem US-Dollar im Januar 2000 bis zum Dezember einen Kursrutsch bis hinunter auf 43,50.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 2000 wird nach derzeit vorliegenden Daten auf rund fünf Prozent geschätzt. Gleichwohl war nicht zu übersehen, dass keinesfalls von einer Erholung der gesamten Wirtschaft gesprochen werden konnte, geschweige denn von einer signifikanten Verbesserung der ökonomischen Situation der Mehrheit der Bevölkerung. Viele Branchen und Industriezweige befinden sich noch immer in einer tiefen Krise, zumal wenn sie nicht vom Exportaufschwung profitieren konnten, und haben z.T. mit noch immer vorhandenen signifikanten Überkapazitäten zu kämpfen. Das Konsumentenverhalten veränderte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich, symbolisiert insbesondere durch einen Rückgang des privaten Verbrauchs und der Investitionsbereitschaft, wodurch es u.a. zum vermehrten Abstoß von Wertpapieren und einer Verlangsamung der Konjunktur kam. Die Bangkokener Wertpapierbörse wurde im Jahr 2000, gemessen am Handelsvolumen, zur zweitschlechtesten Börse weltweit; ihr Index sank von rund 500 Punkten im Januar auf rund 280 Punkte Ende Dezember. Anhaltend niedrige Rohstoffpreise trugen überdies zu einer

Verringerung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte bei.

Die mangelnde Bereitschaft nahezu aller Banken zur Kreditvergabe ist eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung. Diese Zurückhaltung ist vor dem Hintergrund einer noch immer bestehenden Vielzahl notleidender Kredite zu sehen, deren Restrukturierung auch in Zukunft ein Kernproblem bleibt.

Chuan war mittlerweile der am längsten amtierende zivile Regierungschef in der neueren Geschichte Thailands mit einer seit 1992 nur einmal unterbrochenen Gesamtamtszeit von bisher fast sechs Jahren. Damit wurde er zu einem Symbol der demokratisch legitimierten politischen Kontinuität im Königreich, was für die Festigung der demokratischen Reformen spricht. Allerdings berücksichtigt diese Wertung nicht den in der thailändischen Bevölkerung ausgeprägten Wunsch nach regelmäßiger Veränderung und ihren latenten, schnellen Überdruß an bestehenden Verhältnissen insbesondere in der Politik, zumal wenn diese als ergebnisarm bzw. erfolglos wahrgenommen wird. Dieser Faktor dürfte im Zusammenwirken mit den anhaltenden wirtschaftlichen Problemlagen maßgeblich den Machtwechsel 2001 herbeigeführt haben. In jedem Fall entstand eine für die amtierende Regierung ungünstige Gesamtstimmung, die sich v.a. auch deshalb zu ihrem Nachteil entwickelte, weil in Thaksin Shinawatra und der TRT die von vielen Thais seit langem vermisste persönliche und politische Alternative zu Chuan und den Demokraten bereitzustehen schien.

■ Die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf

Kontext und Kandidaten

Der Wahlkampf 2000/2001 wird im Rückblick als ein politischer Wettstreit bewertet werden müssen, der, gemessen an thailändischen Verhältnissen, in sehr viel größerem Umfang von der öffentlichen Debatte um relativ substanzielle politische Inhalte geprägt wurde, als dies bisher in Thailand üblich war. Parallel dazu hatte sich schon im Laufe des Jahres 2000 abgezeichnet, dass nur Premierminister Chuan und sein Herausforderer Thaksin die Auseinandersetzung um das höchste Regierungsamt führen würden und we-

der Wunsch der Öffentlichkeit noch anderweitig begründete, ernsthafte Chancen für einen dritten Kandidaten bestanden. Dies machte auch deutlich, dass eventuelle Ansprüche auf das Premierministeramt seitens der Repräsentanten der politisch und physisch alten Garde, repräsentiert durch die Ex-Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Banharn Silpa-archa (CT) und Chavalit Yongchaiyudh (NAP), mittlerweile endgültig ihre Berechtigung verloren haben.

Im Vergleich der Persönlichkeiten und Politikinhalt profitierte Thaksin zunächst von dem Umstand, dass er von der Öffentlichkeit de facto als unverbrauchter Newcomer auf der politischen Bühne betrachtet wurde. Obgleich mit einer politisch weitgehend ergebnislosen Vergangenheit als kurzzeitiger Außenminister und stellvertretender Premierminister in den Regierungen Chuan I und Chavalit nicht sonderlich ausgezeichnet und mit dem Makel behaftet, die noch Mitte der neunziger Jahre als zukunfts-fähige politische Reformkraft eingeschätzte Phalang Dharma-Partei in die Bedeutungslosigkeit geführt zu haben, gelang es dem Selfmade-Telekommunikationsmilliardär, sich und seine neue TRT-Partei als Alternative zu profilieren, auf die die Thais mit deutlich spürbarer, wachsender Ungeduld seit geraumer Zeit gewartet hatten. Neben dem Reiz des Neuen verband die Kandidatur Thaksins auch den Auftritt einer Unternehmerpersönlichkeit mit einigen für Thailand politikuntypischen Charakteristika auf der politischen Bühne. Der Kontrastreichtum der Persönlichkeiten Thaksins und Chuans hätte nicht größer sein können: Hier der 51-jährige erfolgreiche, dynamische Vorstandsvorsitzende mit hoher Kommunikationsfähigkeit, unbestreitbaren Management- und Rhetorikqualitäten, der das Vertrauen weiter Teile der Wirtschaft genoss, politische Probleme aus unternehmerischer Perspektive analysierte und entschieden lösen würde, ähnlich wie ein Unternehmer einen starken Führungsanspruch geltend machte sowie über eine Reihe eingängiger Rezepte zur Überwindung der drängendsten Probleme des Landes verfügte, der aber auch Geld zur Maxime seines persönlichen und beruflichen Handelns gemacht hatte. Dort der ebenso selbstbewusste 62-jährige Berufspolitiker mit langjähriger Erfahrung und Kenntnis der

Untiefen des politischen Lebens, der für seine Standhaftigkeit und nahezu dogmatische Prinzipientreue bekannt war, persönliche Integrität mit vorsichtigem Urteil verband, der allerdings gelegentlich auch als entscheidungs- und führungsschwach wahrgenommen wurde, kabinettsinterne Streitigkeiten nicht eindämmen konnte, sich zu sehr auf die Mechanismen der veralteten Bürokratie stützte und als ein Vertreter des zweifelhaften „Weiter so“ galt. Diese Alternativen führten bis zum Wahltag hinsichtlich der persönlichen Präferenzen der Wählerschaft bezüglich des Premierministers zu einem demoskopischen Vorsprung Thaksins gegenüber Chuan, den dieser nicht mehr aufholen konnte. Dabei fiel ganz offensichtlich der Vorteil des von Chuan stets sorgfältig gepflegten Images als „sauberer“ Politiker ohne dunkle Vergangenheit weit weniger positiv ins Gewicht als die von Thaksin ins Feld geführte persönliche unternehmerische Erfolgsbilanz sowie die damit geschickt assoziierte kreative Problemlösungs- bzw. Führungskompetenz.

Etwas anders gestaltete sich zunächst die Meinungsbildung der Wählerschaft hinsichtlich der Entscheidung zugunsten einer Partei am Wahltag. Gemäß einer von der englischsprachigen Tageszeitung *The Nation* gemeinsam mit der Bangkokker Thammasat-Universität vom 18. bis 30. Dezember 2000 bei rund 133 000 Wahlberechtigten in allen 400 Wahlkreisen durchgeführten Meinungsumfrage hatten sich, weniger als einen Monat vor der Wahl, 40 Prozent der Wähler hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung noch nicht festgelegt.³⁾ Das änderte jedoch prinzipiell nichts an dem in nahezu allen anderen Umfragen in der Regel fast 100 Mandate betragenden Vorsprung von TRT gegenüber den Demokraten.⁴⁾

Wichtiger jedoch war die Überzeugung der Wähler, dass Thaksin und TRT auch bezüglich der politischen Lösungskompetenz den Demokraten Chuans vorzuziehen seien. Aus einer zwei Tage vor der Wahl veröffentlichten Umfrage der Zeitung *The Nation*⁵⁾ ging hervor, dass die Mehrheit der Befragten in der demoskopisch gestützten Erwartung eines TRT-Wahlsieges eine Verbesserung der Situation in zentralen sozialpolitischen Politikbereichen für sicher hielt. Auf keinem einzigen so wichtiger Politikfelder wie Arbeitslosigkeit, Armuts-, Verbrechens- und

3) Vgl. *The Nation*, 3. Januar 2001.

4) Vgl. z.B. *Bangkok Post*, 16. und 24. Dezember 2000.

5) Vgl. *The Nation*, 04. Januar 2001.

Korruptionsbekämpfung sowie Bildung hatte sich demnach die amtierende Regierung einen von der Bevölkerung wahrgenommenen Kompetenzvorsprung erarbeiten können. Nicht umsonst sah sich die Demokratische Partei im „Isan“, dem strukturschwachen Nordosten Thailands, mit einigen von sozialen, bäuerlichen Protestbewegungen initiierten politischen Boykottaktionen konfrontiert.

■ Inhalte

Bereits im Vorfeld der Wahl 2001 wurde deutlich, dass für einen Wahlsieg – welcher Partei auch immer – deren wirtschaftspolitische Kompetenz entscheidend sein würde. Daher konnten Beobachter erstmals Ansätze einer inhaltlichen Auseinandersetzung in einem zentralen Politikbereich zwischen den konkurrierenden Parteien feststellen. Dies war insofern ein Novum in der thailändischen politischen Geschichte, als sich Parteien traditionell und auch jetzt noch vornehmlich um eine oder mehrere bekannte Führungspersonlichkeiten herum bilden und in erster Linie als Instrumente zur Wahrnehmung deren persönlicher oder der Interessen einflussreicher Mitglieder und Parlamentsabgeordneter dienen. Nun aber wiesen insbesondere Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen auf inhaltliche Schwächen oder gar Lücken einzelner oder aller Parteien in unterschiedlichen Politikbereichen hin. Somit wurde eine teilweise Sensibilisierung für die in unterschiedlichem Ausmaß vorhandene Programmatik der Parteien erreicht.

Insoweit „ideologische“ Differenzen zwischen den Parteien feststellbar sind, beziehen sie sich lediglich auf unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze: Während Demokraten und Chart Pattana eine liberalere, marktorientierte Politik verfolgen, behalten sich Thai Rak Thai und New Aspiration protektionistische und staatsinterventionistische Maßnahmen und Mittel vor. Die Forderungen der NAP charakterisieren sich gegenüber den Kernzielen von TRT durch einen nationalistischeren Grundton. Hingegen sind die Kernziele der CP am entgegengesetzten Ende des Spektrums zu verorten. Im Unterschied dazu wird man die Politiken der Demokraten und von TRT als gemäßiger bewerten müssen. Die ökonomischen Plattformen beider Parteien ähneln sich

■ Wirtschaftspolitische Zielsetzungen wichtiger Parteien

Thai Rak Thai

- Senkung der Unternehmenssteuern für neue Firmen während der ersten fünf Jahre von 30 auf 25%
- Senkung der persönlichen Einkommensteuer
- Ein dreijähriges Schuldenmoratorium für Bauern mit ausstehenden Krediten von weniger als 100 000 Baht
- Entwicklungsfonds von einer Million Baht pro Dorf
- Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen
- Gründung einer Bank für Klein- und Mittelunternehmen sowie zur Existenzgründungsförderung
- Gründung einer nationalen Auffanggesellschaft zur Restrukturierung der notleidenden Kredite der privaten Banken

Demokraten

- Senkung der Unternehmenssteuern von 30 auf 25% innerhalb von vier Jahren
- Steuererhöhungen für Luxusgüter
- Mehr Befreiungsmöglichkeiten bei der individuellen Einkommensteuerveranlagung
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der thailändischen Kapitalmärkte durch strenge Aufsichtsorgane
- Gründung einer öffentlichen Auffanggesellschaft für notleidende Kredite zur Ergänzung der Auffanggesellschaften der Privatbanken im Interesse der Wiederbelebung des Bankensystems

New Aspiration Party

- Kein Verkauf von Anteilen der Staatsunternehmen an ausländische Firmen
- Marktintervention zur Arbeitsplatzschaffung und Preisgarantie für landwirtschaftliche Produkte
- Verstärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit durch Handel und Investitionen
- Jährliche Haushaltszuweisung von zehn Millionen Baht für jede Verbandsgemeinde

Chart Pattana

- Senkung der Mehrwertsteuer von 7 auf 5%
- Förderung der Liberalisierung und des Wettbewerbs im industriellen Bereich
- Förderung von Investitionen des privaten Sektors
- Bereitstellung von Infrastruktur zur privaten Geschäftstätigkeit in Landgebieten

Quelle: Parteiverlautbarungen
und Berichterstattung diverser
Medien

in weiten Teilen, wobei jedoch TRT klarere Strategien zur Hilfe für den Agrarsektor entwickelt. Hingegen verweisen die Demokraten kontinuierlich auf die Notwendigkeit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und lassen die Bereitschaft zu Schutzmaßnahmen für diesen Schlüsselsektor der thailändischen Wirtschaft erkennen, sofern dies situationsbedingt erforderlich sein sollte.

Aufschlussreich waren auch die Ergebnisse einer Analyse der sozial-, bildungs- und umweltpolitischen Programme von TRT, Demokraten, NAP, CP und CT, die im Auftrag der Zeitung *The Nation* von vier bekannten thailändischen Sozialwissenschaftlern vorgenommen wurde.⁶⁾ Bemerkenswert war vor allem deren Schlussfolgerung, dass keines der diesbezüglichen Parteiprogramme ein grundlegendes Verständnis des andauernden politischen Reformprozesses erkennen ließe, vielmehr alle durch mehr oder weniger paternalistische Strategien geprägt und die vorgestellten Politiken häufig unpraktikabel und statisch seien. Bezüglich einer Reform der Bildungspolitik wiesen die Wissenschaftler den regierenden Demokraten die größte Kompetenz zu, während sie bei TRT das beste Potenzial aller Parteien für eine wirksame Korruptionsbekämpfung erkannten. Die ländliche Klientelpartei NAP erhielt Zuspruch für ihre Programmatik bezüglich der Verbesserung der Lebenssituation der Landbevölkerung, und die CP konnte ein relativ gutes Gesundheitsreformprogramm vorweisen. Kaum eine Partei erhielt positive Bewertungen hinsichtlich ihrer Ansätze zur Bürokratie- und Landreform, und auch die vorgeschlagenen Lösungen für Probleme im Verhältnis staatlicher Organisationen zu den Bürgern erschienen durchgängig nicht überzeugend.

6) Vgl. *The Nation*, 31. Dezember 2000.

■ Wahlkampfstil und -mittel

Wichtig für den Wahlkampf erwies sich die Identifizierung politischer Kernforderungen, die sich in Übereinstimmung mit den Wünschen der weit überwiegenden Bevölkerungsmehrheit befanden. Hier zeigte TRT ein besonders gutes Gespür für das in der Wählerschaft vorherrschende Meinungsklima. Dabei verband die Partei erfolgreich wahlstrategische mit zielgruppenspezifischen Erwägungen: Einerseits setzte sie auf den thailändischen Norden als Herkunftsre-

gion ihres Spitzenkandidaten Thaksin und den dort mit Händen greifbaren Wunsch der Bevölkerung, eine Persönlichkeit dieser Region im Premierministeramt zu sehen, nachdem alle Regierungschefs der letzten zwei Jahrzehnte entweder aus dem Süden, dem Nordosten oder der Zentralregion stammten. Der TRT-Appell an den Lokalpatriotismus in Nordthailand bedurfte daher kaum einer weiteren politischen Unterfütterung. Andererseits erschien die bevölkerungsreiche Nordostregion, wo zugleich die relativ größte Anzahl der 400 Wahlkreise zu finden ist, mit ihrer weit überwiegend bäuerlichen und den regierenden Demokraten gegenüber traditionell ablehnend eingestellten Bevölkerung ein vielversprechendes Zielgebiet für die zentralen Wahlaussagen von TRT, die – wie der Entwicklungsfonds von einer Million Baht pro Dorf oder das dreijährige Schuldenmoratorium für Bauern – existenzielle Probleme der Landbevölkerung ansprachen. Es war daher kaum verwunderlich, dass TRT im Norden über zwei Drittel und im Nordosten die Hälfte aller Wahlkreismandate dieser Regionen für sich verbuchen konnte und damit allein in zwei von fünf Landesteilen 61,5 Prozent ihrer gesamten Wahlkreismandate gewann. Zusammen mit dem Umschwung der Bangkokener Wechselwähler zu Thaksin und dem guten Abschneiden von TRT in der Zentralregion war damit der Grundstein für den überwältigenden Erfolg der neuen Partei gelegt. Demgegenüber fiel es nicht ins Gewicht, dass TRT in den Hochburgen der Demokraten im Süden nur einen von 54 Wahlkreisen gewinnen konnte.

Der Vorwahlkampf hatte lange vor dem 6. Januar 2001 begonnen. Bereits im Laufe des Jahres 1999 waren landesweit Poster, Plakate und Plakatwände des Spitzenkandidaten Thaksin zu sehen, begleitet von einer großen Zahl des Straßenbild in Bangkok und in den Provinzen beherrschender TRT-Fahrzeugaufkleber und -Werbeschilder in Schaufenstern. Vor dem Hintergrund des spezifischen politisch-kulturellen Kontexts in Thailand ist davon auszugehen, dass neben den reinen Produktionskosten solcher Werbemittel darüber hinaus auch noch Prämien an Fahrzeughalter und Geschäftsinhaber für ihre Kooperationsbereitschaft gezahlt worden sein dürften. Diese Werbestrategie hatte vornehmlich zum Ziel,

die wichtigste Botschaft von TRT zu vermitteln: „Neues Denken, neues Handeln“, um damit die Partei und ihren Vorsitzenden als unverbrauchte politische Alternative zur Regierungspartei und dem Premierminister darzustellen. Je näher der Wahltermin rückte, desto intensiver wurde die mediengestützte Werbekampagne, die in z.T. an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen geschalteten ganzseitigen Anzeigen der Partei⁷⁾ zum Ausdruck kam, in deren Mittelpunkt stets der Spitzenkandidat mit der Wiederholung seiner eingängigen Kernziele stand. Überdies benutzte Thaksin die technische Infrastruktur seiner Telekommunikationsunternehmen, um seine zentralen Wahlkampfauftritte an öffentliche Plätze in anderen Landesteilen übertragen zu lassen. Es war ihrer Kampagne anzumerken, dass die anderen Parteien, insbesondere die Demokraten, dieser finanziell und inhaltlich aufwendigen Planung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten.⁸⁾ Dass die anderen Parteien allgemein große Schwierigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung haben würden, war Kennern der innenpolitischen Szene klar, nachdem im Gefolge der thailändischen Wirtschaftskrise zahlreiche der Unternehmen, die traditionell als wichtige Wahlspender auftraten, entweder unter Ressourcenknappheit litten oder bereits untergegangen waren. Hier lag ein entscheidender Vorteil Thaksins, der von seinen Konkurrenten aber kaum jemals öffentlich kritisiert wurde. Augenfällig waren auch signifikante Unterschiede in der Gestaltung der Werbekampagnen: Während der Unternehmer Thaksin modernen Grundsätzen der persönlichen Sympathiewerbung folgte, wie sie gewöhnlich in der Produktwerbung zum Einsatz kommen, wirkte die Präsentation Chuans allzu bieder und belanglos. Als der Premierminister in den Anzeigen der Demokratischen Partei für sich damit warb, er sei ein normaler Mensch, der die Probleme der einfachen Leute aus eigener Anschauung kenne und sie verstehe, hatte er unbewusst den schmalen Grat zwischen Normalität und Banalität überschritten. Dergestalt kam zum Ausdruck, dass die Regierungspartei und ihre Wahlkampfstrategen das Stimmungsbild in der Bevölkerung entweder nicht kannten oder den Wunsch nach Veränderung – weg vom Normalen, hin zum Neuen, Ungewöhnlichen – nicht zur Kenntnis nehmen woll-

7) Diese Wahlwerbungen waren stets in thailändischer Sprache abgefasst, erschienen aber sowohl in thai- als auch in den beiden größten englischsprachigen Zeitungen Thailands, der *Bangkok Post* und *The Nation*, obwohl sie eine kombinierte Auflage von nur maximal 120 000 Exemplaren pro Tag zählen, aber in der Regel von den meinungsbildenden gesellschaftlichen Gruppen Thailands gelesen werden.

8) Ausweislich der Angaben der Agentur Media Data Resources hatten die Parteien zwischen Januar und Oktober 2000 folgende Beträge für politische bzw. Wahlwerbung in den thailändischen Medien ausgegeben (Angaben in Millionen Baht): TRT 49,2; Rassadorn 26,6; CP 14,9; CT 14,2; NAP 14,0; Seritham 1,0; Thin Thai 0,8; vgl. *Bangkok Post*, 26. November 2000. Bemerkenswert an diesen Zahlen ist die Relation zwischen der Höhe der Ausgaben der einzelnen Parteien und ihren bei der Wahl gewonnenen Parlamentsmandaten: Während bei allen anderen Parteien eine nachvollziehbare Verhältnismäßigkeit zwischen beiden Größen vorliegt, fällt Rassadorn eindeutig aus der Reihe, denn die Partei erzielte erst bei den Nachwahlen vom 29. Januar ihre beiden einzigen Parlamentsmandate. Abgesehen von dieser offensichtlichen politischen Fehlinvestition stellt sich die Frage nach der Art der offenbar ergiebigen Finanzquellen (im Fall von TRT weiß man immerhin um den immensen Reichtum Thaksins) einer schon im vorhergehenden Repräsentantenhaus mit nur wenigen Abgeordneten vertretenen politischen Kraft, zumal die Nationale Wahlkommission eine individuelle Wahlkampfkostenbegrenzung von 1,5 Millionen Baht pro Kandidat vorgeschlagen hatte.

9) Die Wahlen (bis zur Reformverfassung 1997 in Mehrkandidatenwahlkreisen nach striktem Mehrheitswahlrecht) sind durch erhebliche Stimmenkäufe gekennzeichnet. Wenngleich der Wahlvorgang selbst als geheim und frei gelten kann, kommt es aufgrund der weitverbreiteten und zum Teil (insbesondere seitens der armen Landbevölkerung) erwarteten Stimmenkäufe zu erheblichen Wahlmanipulationen. Nach Presseinschätzungen ging z.B. der Wahl zum Repräsentantenhaus vom 17. November 1996 der bisher „schmutzigste“ Wahlkampf mit Verletzten und sogar einigen Toten (insbesondere Wahlhelfer der einzelnen Parteien) voraus. Dabei wurde eine geschätzte Summe von 20 bis 30 Milliarden Baht (seinerzeit rund 1,3 bis 1,8 Mrd. DM) allein für „Stimmenkauf“ aufgewendet. Hinzu kommen noch die Aufwendungen für die allgemeine Wahlwerbung. Da sich dies alles „refinanzieren“ muss, zielen viele Aktivitäten und Entscheidungen von gewählten Politikern auf den Zugriff auf legale wie illegale Finanzquellen. Dabei dürfte von einer sich verstärkenden Wechselbeziehung auszugehen sein.

10) Vgl. *The Nation*, 24. Januar 2001.

ten. Dass nebenbei die bewusste Ausklammerung demokratischer Spitzenpolitiker wie des zwar parteiintern umstrittenen, aber kompetenten Finanzministers Tarrin Nimmanahaeminda zum Eindruck eines äußerst schlechten öffentlichen Erscheinungsbildes der Regierungspartei beitrug, war zwar nachteilig, blieb aber angesichts der für die Demokraten negativen Gesamtkonstellation letztendlich bedeutungslos.

Die „Altparteien“ Thailands sahen sich in Gestalt der gut organisierten TRT (die Partei unterhält Büros in jedem der 400 Wahlkreise, die von fünf regionalen Zentren koordiniert werden) einer politischen, organisatorischen und finanziellen Herausforderung ersten Ranges ausgesetzt, die sie in eine politische Auseinandersetzung führte, welche nicht unwesentlich über die Frage ihrer künftigen politischen Rolle entscheiden sollte.

■ Wahlmanipulationen

Solange es Wahlen in Thailand gibt, sind Manipulationen entweder im Vorfeld oder während des Wahlvorgangs an der Tagesordnung gewesen.⁹⁾ Der Urnengang vom 6. Januar 2001 bildete keine Ausnahme davon. Die Nationale Wahlkommission (ECT) sah sich deshalb veranlasst, nach dem regulären ersten Wahltag in 29 Provinzen eine zweite Wahlrunde für den 29. Januar anzusetzen, wobei die Abstimmung in 62 Wahlkreisen wiederholt werden musste. Vorausgegangen waren Ermittlungen der ECT, die zum Ausschluss von acht bzw. zur Verwarnung von 54 Kandidaten führten. Die acht ausgeschlossenen Kandidaten gehörten sämtlich den neuen Koalitionsparteien TRT (5), NAP (2) und CT (1) an, und auch von den 54 verwarnten Bewerbern waren die Hälfte TRT-Kandidaten.¹⁰⁾

In Zusammenhang mit der neuen Wahlgesetzgebung bzw. mit dem ebenfalls neuen Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Wahlkommission haben sich für deren amtliche Vollzugshandlungen Begriffe aus der Sportfachsprache in den Sprachgebrauch integriert: Eine „rote Karte“ bedeutet demnach den Ausschluss eines Wahlkreisgewinners von einem zweiten Wahlgang, sofern die Ermittlungsergebnisse der Wahlkommission hinreichende Beweise für seine unzulässige Wählerbeeinflussung im ersten Wahlgang in dem entsprechenden Wahlkreis erbracht

haben. Ist die Beweislage hingegen trotz vorliegender Verdachtsmomente unzureichend, erhält ein siegreicher Bewerber des ersten Wahlgangs eine sogenannte „gelbe Karte“, die ihm aber die Teilnahme an einem zweiten Wahlgang erlaubt.

Die Stimmenauszählung war besonders in Südthailand von z.T. gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften begleitet. Ursachen hierfür war mancherorts der Unmut von Teilen der Bevölkerung über die Wahlkreisgewinne der in dieser Region traditionell dominierenden Demokratischen Partei, die in einigen Fällen angezweifelt wurden, zumal wenn die Stimmenergebnisse nahe beieinander lagen und der unterlegene Mitbewerber der TRT angehörte. In diesem Zusammenhang sahen sich die Mitglieder vieler Provinzwahlkommissionen z.T. heftiger Kritik und persönlichen Angriffen ausgesetzt, da man ihnen entweder Vorteilsgewährung zugunsten der Demokraten vorwarf oder sie verdächtigte, Manipulationen bei der Stimmenauszählung vorgenommen oder nicht unterbunden zu haben. Ausgelöst wurden solche Verdachtsmomente u.a. durch wiederholtes Auffinden von präparierten Stimmzetteln in vielen Orten. Diese Gewaltausbrüche führten in der Folge zu Rücktritten zahlreicher Mitglieder der Provinzwahlkommissionen, dem Rückzug freiwilliger Stimmenzähler sowie dem Einsatz von Soldaten zur Sicherung der Wahllokale sowie zur Stimmauszählung beim nachfolgenden Wahlgang.¹¹⁾

Nachdem die Reformverfassung von 1997 auf die Eliminierung illegaler Praktiken bei Wahlen abzielte und die ECT mit einem Instrumentarium von Strafmaßnahmen gegen die Täter ausgestattet wurde, stellten sowohl die ECT als auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich hauptsächlich der Wahlbeobachtung widmen, fest, dass mit diesen Vorgaben keineswegs ein Rückgang solcher Manipulationen einherging, sondern seitens der Parteien und potenzieller Kandidaten vielmehr deren Modifizierung vorangetrieben wurde. In einer analysierenden Zusammenfassung der illegalen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Wahl vom 6. Januar 2001 listete die Zeitung *The Nation* insgesamt 33 seit Beginn des Vorwahlkampfes beobachtete strafbare Formen der

11) Vgl. *Bangkok Post*,
15. Januar 2001.

Beeinflussung von Wählern auf¹²⁾, wovon beispielhaft einige Varianten im Einzelnen dargestellt werden:

I Beispiele illegaler Beeinflussung von Wählern im thailändischen Wahlkampf 2000/2001 durch Kandidaten und/oder Parteien

- Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Besucher von Wahlveranstaltungen
- Beschäftigung von Helfern bei der Reisernte zu überhöhten Stundenlöhnen
- Kostenlose Ausgabe von mit Bargeld gefüllten Brotlaiben
- Fortsetzung der materiellen Unterstützung für die Opfer von Überflutungen weit über die Dauer der Überflutungen hinaus
- Verteilung von Geschenken durch örtliche Einzelhandelsgeschäfte oder Apotheken
- Reichhaltige Massenbankette, getarnt als karitative Veranstaltungen, mit symbolischen, nicht kostendeckenden Beiträgen durch die Besucher
- Unverhältnismäßig großzügige Spenden zur Deckung von Kosten von Familienergebnissen wie z.B. Beerdigungen oder Hochzeiten
- Kauf der Personalausweise von Anhängern des Gegenkandidaten, wodurch diesen die Stimmabgabe unmöglich gemacht wird
- Ausgabe kostenloser Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen
- Subventionierung der Preise von Grundnahrungsmitteln (z.B. Eiern) in Kooperation mit Markthändlern
- Geldwerte Leistungen wie z.B. freie (zahn)ärztliche Behandlung oder kostenlose Haarschnitte

Neben den herkömmlichen Formen der Wählerbeeinflussung hat sich laut Medienberichten in diesem Wahlkampf der Anteil der gewaltsamen Varianten erhöht. Dazu zählen insbesondere Versuche einer Einschüchterung der Wahlhelfer von Gegenkandidaten. Auch in dieser Kampagne kam es wiederum zu einer Reihe von Todesfällen, die von den Ermittlungsbehörden und den Medien mit der politischen Auseinandersetzung im Vorfeld des 6. Januar 2001 in Verbindung gebracht werden. Zielgruppe dieser Gewaltakte sind traditionell mehrheitlich die Can-

vasser, d.h. die Wahlhelfer eines amtierenden Abgeordneten oder eines Kandidaten. Sie zeichnen sich in der Regel durch eine hervorgehobene berufliche oder anderweitig einflussreiche Stellung innerhalb ihrer Dorfgemeinschaft aus, die ihnen erlaubt, durch kontinuierliches Einwirken auf die Bevölkerung ihres Verantwortungsbereiches deren Stimmabgabe zugunsten ihres eigenen Kandidaten sicherzustellen. Dies wird gewöhnlich durch die Verteilung von Pro-Kopf-Geldbeträgen erreicht, die um so höher werden, je knapper die Entscheidung zwischen zwei Kandidaten in einem Wahlkreis auszufallen scheint. Canvasser werden hierfür bereits vor den Wahlkämpfen mit den entsprechenden Geldbeträgen versorgt, die sie gegebenenfalls in Form von Kreditverträgen empfangen. Gelingt die Wahl ihres Kandidaten, entfällt die „Rückzahlung“ des Kredites. Im Erfolgsfall werden die Canvasser darüber hinaus erfahrungsgemäß mit teuren Sachgeschenken oder, sofern sie selbst ein Geschäft betreiben, mit öffentlichen Aufträgen belohnt, wobei „ihr“ Abgeordneter über die Entscheidungen im Parlament und seinen Ausschüssen bei der staatlichen Auftragsvergabe bzw. -vermittlung entsprechenden Einfluss ausüben wird. Nicht ungewöhnlich ist auch die Gewährung von Unterstützung und Privilegien aller Art für Familienangehörige von Canvassern. Angesichts ihrer wichtigen Stellung im Rahmen einer Wahlkampagne ist diese Gruppe im Laufe der vergangenen Jahre zunehmend ins Fadenkreuz gewaltbereiter politischer Gegner gerückt. Allerdings zeichnet sich ab, dass solche Kapitalverbrechen durch sehr viel subtilere Strategien verdrängt werden könnten: Hat es sich doch, wie dieser Wahlkampf zeigt, als effektiver und risikoloser erwiesen, gegnerische Canvasser mit großen Geldbeträgen zu „kaufen“ und sie dann zu ermuntern, sich bei der Ausübung ihrer illegalen Tätigkeit von der ECT oder der Provinzwahlkommission erlappen zu lassen.¹³⁾

13) Vgl. *The Nation*,
14. Dezember 2000.

■ **Startbedingungen der Regierung Thaksin**

Das Kabinett

Mit der Vereidigung des neuen Kabinetts von Premierminister Dr. Thaksin Shinawatra am 18. Februar begann in Thailand auch offiziell die „Ära Thaksin“,

■ Erstes Kabinett Thaksin

(Parteien: TRT = Thai Rak Thai; NAP = New Aspiration Party, CT = Chart Thai)

Premierminister:	Dr. Thaksin Shinawatra (TRT) ^{1 2}
Stellvertretende Premierminister:	Gen Chavalit Yongchaiyudh (NAP) ¹ Suwit Khunkitti (TRT) ^{1 2} Pitak Intarawithayanunt (TRT) ^{1 2} Pongpol Adireksan (TRT) ^{1 2} Dej Boonlong (CT) ¹
Minister im Premierministeramt:	Krasae Chanawong (NAP) ¹ Gen Thammarak Issarangkul na Ayutthaya (TRT) Chaturon Chaisaeng (TRT) ^{1 2} Somsak Thepsuthin (TRT) ^{1 2}
Inneres:	Dr. Purachai Piemsoboon (TRT)
Stellvertretende Minister:	Sombat Uthaisang (TRT) ¹ Sora-at Klinpratun (TRT) ¹
Finanzen:	Dr. Somkid Jatusripitak (TRT)
Stellvertretende Minister:	Suchart Chaovisit (TRT) Varathep Rattanakorn (TRT)
Handel:	Adisai Potharamik (TRT) ^{1 2}
Stellvertretender Minister:	Dr. Suwan Walaisathie (TRT)
Industrie:	Suriya Juengrungruangkij (TRT) ¹
Stellvertretender Minister:	Pichet Sathirachaval (NAP)
Äußeres:	Dr. Surakiat Sathirathai (TRT) ^{1 2}
Verteidigung:	Gen Chavalit Yongchaiyudh (NAP) ¹
Stellvertretender Minister:	Gen Yuthasak Sasiprapa (TRT)
Transport und Kommunikation:	Wan Muhamad Nor Matha (NAP) ^{1 2}
Stellvertretende Minister:	Pracha Maleenond (TRT) Pongsakorn Laohavichien (CT)
Landwirtschaft und Kooperativen:	Chucheep Harnsawat (TRT) ^{1 2}
Stellvertretende Minister:	Prapat Panyachartrak (TRT) Nathee Klibthong (CT)
Arbeit und Soziales:	Dej Boonlong (CT) ¹
Stellvertretende Ministerin:	Ladawan Wongsriwong (TRT) ²
Gesundheit:	Sudarat Keyuraphan (TRT) ^{1 2}
Stellvertretender Minister:	Dr. Surapong Suebwonglee (TRT)
Justiz:	Ponghtep Thepkanchana (TRT)
Bildung:	Prof. Dr. Kasem Wattanachai (TRT)
Stellvertretender Minister:	Chamlong Krutkunthod (TRT) ¹
Universitätsangelegenheiten:	Sutham Saengpratun (TRT)
Wissenschaft, Technologie und Umwelt:	Sonthaya Khunpluem (CT) ¹

1 verfügt bereits über Erfahrung in Regierungsämtern

2 gehörte bereits einer oder mehreren anderen Parteien an

nachdem der Regierungschef bereits am 9. Februar mit der überwältigenden Mehrheit seiner Drei-Parteien-Koalition aus TRT, NAP und CT vom Repräsentantenhaus in sein neues Amt gewählt worden war. Das erste Echo auf die Kabinettsliste war allerdings verhalten bis kritisch.

Gemäß Artikel 201 der Reformverfassung von 1997 dürfen der Regierung außer dem Premierminister maximal 35 Minister angehören. Dies ist eine signifikante Begrenzung gegenüber früheren Kabinetten, die aufgrund der zahlreichen stellvertretenden Premierminister (meist einer pro Koalitionspartner) sowie der nicht selten aus politischen Proporzgründen bis zu zwei stellvertretenden Ressortminister zeitweise über 50 Mitglieder mit Kabinettsrang zählten.

Das Durchschnittsalter der Regierungsmitglieder beträgt 54 Jahre: Mit 36 Jahren ist der stellvertretende Finanzminister Varathep das jüngste und mit 71 Jahren der stellvertretende Premier- und Arbeitsminister Dej das älteste Kabinettsmitglied. Ebenso wie in der vorangegangenen Regierung von Chuan Leekpai gehören auch Thaksins Kabinett nur zwei Frauen an: zum einen Gesundheitsministerin Sudarat, die erst im Juli 2000 als TRT-Kandidatin für den Bangkokker Gouverneursposten überraschend deutlich gegen den Politveteranen und früheren Innenminister Samak Sundaravej unterlag und zuvor als einzig verbliebene Abgeordnete der inzwischen in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwundenen früheren Partei Thaksins, der Phalang Dharma, im Repräsentantenhaus saß; zum anderen die stellvertretende Arbeitsministerin Ladawan Wongsriwong, die ihre politische Karriere vor fast einem Jahrzehnt als Ziehkind des reformorientierten Kurzzeitpremiers Anand Panyarachun begann, fast ebenso lange für die jetzt oppositionelle Demokratische Partei im Parlament war und vor Jahresfrist zu den ersten prominenten „Überläufern“ hin zu TRT zählte.

Einige der neuen Kabinettsmitglieder stießen sofort auf deutliche Kritik von Medien und zivilgesellschaftlichen Kräften. Dabei zählten Fragen nach der Qualifikation einiger Kandidaten für ihre neuen Ressorts – wie etwa im Fall der Gesundheitsministerin Sudarat – noch zu den gemäßigten Formen der Missbilligung. „Eine Ansammlung von unerfahrenen

Neulingen, mittelmäßigen Veteranen und nur wenigen vielversprechenden neuen Gesichtern“ lautete das Fazit der veröffentlichten Meinung, die der neuen Regierungsmannschaft als erste Bewertung lediglich ein „befriedigend“ ausstellen mochte.¹⁴⁾

Rügen handelte sich der neue Premierminister vor allem deshalb ein, weil er, im Gegensatz zu seinen Wahlkampfversprechen, nur qualifizierte und politisch „saubere“ Persönlichkeiten ins Kabinett zu holen, nunmehr offensichtlich dem Druck von partei- und koalitionsinternen Interessengruppen nachgegeben und der Ernennung von Politikern zugestimmt hatte, die u.a. aus früheren Amtszeiten in Regierungsämtern entweder mindestens im Verdacht der Vorteilsnahme stehen, deren bisherige berufliche Stellungen in der Wirtschaft eine Interessenkollision mit ihren Regierungsämtern nahe legen oder deren Amtsführung in anderen Funktionen allgemein Anlass zu scharfer Kritik geboten hatte. Dies trifft z.B. auf den neuen Landwirtschaftsminister Chucheep und seinen Stellvertreter Nathee zu. Letzterer gilt in der thailändischen Öffentlichkeit aufgrund seiner engen persönlichen Beziehungen zu Newin Chidchob, seinem unmittelbaren Amtsvorgänger, lediglich als dessen Interessenvertreter in der Regierung. Newin (CT), der bei seinem Versuch der Wiederwahl ins Repräsentantenhaus überraschend gescheitert war, wurde von Thaksin aufgrund seines schlechten öffentlichen Images nicht auf die Kabinettsliste gesetzt, konnte aber durch Druck auf seinen Parteivorsitzenden, Ex-Premierminister Banharn Silpaarcha, die Nominierung seines aus anderen Gründen nicht minder umstrittenen Freundes durchsetzen.

Wissenschaftsvertreter, Wortführer der Unzufriedenen in der Zivilgesellschaft, sehen in der neuen Regierung und den Prozessen, die zu ihrer Zusammensetzung führten, die Bestätigung, dass das in der thailändischen Politik bei Ämter- und Ressourcenverteilung angewandte Quotensystem entgegen der Beteuerungen Thaksins nicht nur nicht obsolet geworden, sondern vielmehr voll zum Zuge gekommen ist. Dabei spielt nicht nur die relative Mandatsstärke der Koalitionsparteien eine Rolle, sondern vielmehr fallen persönliche Beziehungen ambitionierter Kabinettsanwärter zu einflussreichen, meist älteren Entscheidungsträgern in den Parteiführungen

ins Gewicht und nicht zuletzt individuelle Beiträge zur Finanzierung der teuren Wahlkampagnen. Solche „politischen Investitionen“ bedürfen der „Refinanzierung“ mittels Zugang zu etatreichen Ressorts und den z.B. in Zusammenhang mit Auftragsvergaben oder -vermittlungen anfallenden Provisions- und Kommissionszahlungen.

Thaksin hatte im Vorfeld der Kabinettsbildung für die Öffentlichkeit nur in wenigen Fällen erfolgreich die Berufung umstrittener politischer „Dinosaurier“ (wie die Vertreter der konservativen politischen Klasse allgemein genannt werden) zu vermeiden gewusst: Dazu gehörten der stellvertretende NAP-Vorsitzende Chalerm Yumbarung, der seinen Unmut über diesen Ausschluss kaum verbergen konnte und sich Genugtuung verschaffte, indem er kurz vor der Regierungserklärung Thaksins die politische Agenda von TRT und Regierung öffentlich als illusionär und nicht erfüllbar brandmarkte. Auch Sanoh Thientong, die graue Eminenz von TRT und Prototyp des Negativimages eines Politikers aus der Vorreformperiode, musste seine Hoffnungen auf einen Ministersessel vorerst zurückstellen. Kritiker wollen allerdings nicht ausschließen, dass bei späteren Kabinettsumbildungen möglicherweise sogar solche Unerwünschten zum Zuge kommen könnten. Zu groß ist in vielen Fällen deren Einfluss auf andere Abgeordnete ihrer Region oder Partei, die den Führungspersönlichkeiten durch ein meist undurchschaubares Geflecht vielfältiger Interessen oder Abhängigkeiten verbunden sind.

Den neuen Premierminister traf die Kritik an seiner Mannschaft vor allem in ihrer Deutlichkeit überraschend. Mit seinen Berufungen beugte sich der Regierungschef allerdings einer politischen Realität Thailands, die ihm angesichts seiner bereits vorhandenen politischen Erfahrung bekannt sein musste. Dass er gleichwohl Ankündigungen hinsichtlich eines zeitgemäßerer Kabinettsprofils machte, die auch von einem Premierminister mit solch überwältigender Parlamentsmehrheit kaum einzuhalten sind, überraschte dennoch.

Auch die von Thaksin vor der Wahl versprochene Aufnahme von qualifizierten „Seiteneinsteigern“ hat nicht in dem erhofften Umfang stattgefunden: 27 der 35 Kabinettsmitglieder gehören TRT an, darunter

viele, die zuvor Mitglieder anderer Parteien waren bzw. bereits Regierungsämter innehatten und daher als klassische Berufspolitiker anzusehen sind. Die Koalitionspartner haben für die ihnen von Thaksin überlassenen Ministerien ebenfalls nur altbekannte Persönlichkeiten nominiert, so dass der erhoffte neue Einfluss von außen weitgehend ausbleiben wird. Jüngere Politiker wurden zumeist mit Ressorts und Aufgaben betraut, deren politisches Gewicht nach thailändischer Lesart gering ist: dazu gehören z.B. das Wissenschafts- und das Arbeitsministerium.

Einige Beobachter versprechen sich eine effizientere politische Führung jener von einem Minister gemeinsam mit bis zu zwei Stellvertretern einer einzigen politischen Couleur – in diesem Fall TRT – geführten Ressorts, da sie von dieser Geschäftsverteilung im Unterschied zu vorangegangenen Regierungen mit häufig unterschiedlicher politischer Leitung der verschiedenen Häuser weniger zeitaufwendige (koalitions)interne Abstimmungsprozesse erwarten. Dies ist eine Vorstellung, die zwar den Effizienzmaximen und Führungsidealen von Thaksin in der Tat sehr nahe kommt, aber nicht parteiinterne und persönliche Konkurrenzen berücksichtigt, die in der Vergangenheit durchaus zu beobachten waren.

Auffällig ist, dass diejenigen Ressorts, die für die Implementierung der zentralen Wahlkampfversprechen Thaksins und der TRT zuständig sein werden, mit ausgesprochenen Gefolgsleuten des Premierministers besetzt wurden, denen aber die Anbindung zur thailändischen Politik traditionellen Stils fehlt. Innenminister Purachai Piumsombun etwa, dessen Ministerium im zentralstaatlich organisierten Königreich ohnehin eine Schlüsselstellung einnimmt und für die Umsetzung des Dorfentwicklungsfonds verantwortlich zeichnet, ist dem Regierungschef seit Jahrzehnten aus gemeinsamen beruflichen Anfängen im Polizeidienst und auch persönlich eng verbunden. Als Generalsekretär von TRT werden ihm außerordentliche Verdienste um den Aufbau der jungen Partei sowie für programmatische Beiträge zugeschrieben. Finanzminister Somkid Jatusripitak gilt ebenso als Schöpfer der erfolgreichen TRT-Wahlkampagne und einer der Architekten des TRT-Wahlsieges. Die Bilanz seiner Arbeit wird maßgeblich über Erfolg oder Misserfolg der neuen Regierung entscheiden. Er

diente bereits dem Außenminister Thaksin als Mitarbeiter. Innen- und Finanzminister haben eine gemeinsame Vergangenheit beim National Institute of Development Administration (NIDA), dessen langjähriger Rektor Purachai war und wo Somkid lehrte. Dass beide, soweit bekannt, nicht Teil des Interessengeflechts der traditionellen thailändischen Politiker sind, mag reformorientierte Kräfte zumindest weniger kritisch stimmen. Zu beachten ist jedoch die enge, aus der vorpolitischen Zeit stammende Bindung beider Kabinettsmitglieder an den Unternehmer Thaksin. In Hintergrundgesprächen wurde deshalb die Befürchtung geäußert, dass, sofern Thaksin sich im Interesse seines politischen Überlebens zu nicht sachgerechten Entscheidungen veranlasst sehen sollte, sich diese beiden Minister als *yes-men* erweisen und in kritischen Situationen möglicherweise nicht im nationalen Interesse handeln könnten. Hinzu kommt im Fall Purachais, dass zwar seine intellektuellen Fähigkeiten allseits anerkannt werden, aber Zweifel bestehen, ob er gegenüber den für ihre konservative, dezentralisierungskritische Grundhaltung und ihren ausgesprochenen Korpsgeist bekannten leitenden Beamten des Innenministeriums nötigenfalls die erforderliche Durchsetzungsfähigkeit an den Tag legen wird. Somkid trägt an dem Handicap, dass er offiziell zwar Thaksins erste Wahl für den Posten des Finanzministers war, nicht jedoch die der Fachwelt in Finanz- und Wirtschaftskreisen.¹⁵⁾

Offen bleibt auch die Frage, inwieweit wichtige Entscheidungsprozesse erneut dem Kabinett entzogen und in die Hände einer Vielzahl von Beratergremien gelegt werden, deren Bestellung durch die Regierung Thaksin in Aussicht steht.¹⁶⁾ Diese Methode hat in der Kultur der politischen Entscheidungsfindung in Thailand einen festen Platz. Positiv gesehen kann sie zur Heranziehung zusätzlicher, unabhängiger Expertise neben den Fachministerien dienen und damit zu einem erweiterten Meinungsbildungsprozess beitragen. Unter negativen Vorzeichen beraubt sie das Kabinett einer wichtigen Schlüsselfunktion, verursacht Kompetenzstreitigkeiten und kann zur Geltendmachung persönlicher Interessen benutzt werden.

15) Das beweist eine am 9. Februar 2001 veröffentlichte Umfrage der *Bangkok Post* unter mehr als 100 leitenden Mitarbeitern von Handel, Banken, Industrie und anderen Wirtschaftssektoren. Befragt nach ihrer Bewertung von fünf für den künftigen Finanzminister wichtigen Schlüsselqualifikationen bei vier möglichen Kandidaten, setzten sie Somkid auf den letzten Platz hinter den früheren Finanzminister Kosit Panpiamrat, Zentralbankgouverneur Chatumongkol Sonakul und Thaksin selbst.

16) Vgl. *The Nation*, 20. Januar 2001.

Schon die Vorstellung der Regierungsmitglieder war für den Premierminister und sein Kabinett kein Auftakt nach Maß. Bei dieser Gelegenheit mag ihm bewusst geworden sein, dass selbst wenn seine Partei sich dem Reformgedanken verpflichtet fühlen mag, dies nicht notwendigerweise für jedes Regierungsmitglied gilt. Zu groß waren die Erwartungen, die Thaksin mit seinen Ankündigungen geweckt hatte, und ebenso groß schien die Unzufriedenheit zu sein, die sich nach der Bekanntgabe der Kabinettsliste ausbreitete: Der Bangkokener Börsenindex SET schloss am ersten Tag danach mit einem zweiprozentigen Verlust, der größtenteils auf diese Ernüchterung zurückgeführt wurde.¹⁷⁾

17) Vgl. *The Nation*, 20. Februar 2001.

18) Allein in der Nordregion liefen bis Ende November 2000 insgesamt 33 von 75 amtierenden Abgeordneten aus sieben anderen Parteien zu TRT über; vgl. *Bangkok Post*, 30. November 2000.

Die Stabilität der Regierung

So überwältigend der Wahlsieg Thaksins gewesen sein mag, so eindrucksvoll seine Regierungsmehrheit wirkt und so eindringlich sich die Solidaritäts- und Treuebekundungen der Koalitionspartner untereinander anhören, so wenig sollte übersehen werden, wie viele Gefahrenquellen für die Stabilität der Regierung diese Koalition und die sie tragenden Parteien in sich bergen.

Dies gilt in erster Linie für TRT selbst. Es wäre falsch anzunehmen, dass es sich hierbei um einen monolithischen politischen Block handelt, der nach innen und außen gleichermaßen einheitlich auftritt. Tatsächlich dürfte es eine der am stärksten fragmentierten Parteien in der neueren thailändischen Geschichte sein. Auch wenn es TRT dank moderner Kommunikationsstrategien weitgehend gelungen ist, der Öffentlichkeit eine auf politisch relevante Inhalte aufbauende Partei-Mission zu vermitteln, so diente ihre Gründung letztendlich keinem anderen Zweck, als ihrem Vorsitzenden den Weg zurück zur Macht zu ebnen. Damit unterscheidet sie sich nicht signifikant von allen anderen Parteien des Landes, die in Aufbau und Funktion dem traditionellen persönlichkeitsorientierten Ansatz folgen. Der schon im Vorwahlkampf absehbare Erfolg von TRT machte die Partei für Angehörige anderer, z.T. erkennbar im Abstieg begriffener politischer Kräfte attraktiv, die zu „Überläufern“¹⁸⁾ wurden und in vielen Fällen ihre Ressourcen, Seilschaften und Netzwerke als „Mitgift“ zur eigenen Etablierung in der neuen politi-

sehen Heimat mitbrachten. Daraus ergaben sich umgekehrt Ansprüche an den Parteiführer, die, wie nicht anders zu erwarten, schon kurz nach dem Wahlsieg in Form von öffentlich geäußerten Begehlichkeiten hinsichtlich bestimmter Kabinettsposten eingefordert wurden und dort, wo sie nicht oder nicht in der gewünschten Weise befriedigt werden konnten, sofort zu interner Unruhe führten.¹⁹⁾ Beobachter zählen innerhalb der TRT-Fraktion mindestens vier verschiedene, miteinander konkurrierende Machtgruppen, von denen die des einflussreichen Hintergrundberaters Sanoh Thientong die zahlenmäßig stärkste und für Thaksin potenziell gefährlichste sein dürfte.

Das Klima innerhalb der Koalition und der sie tragenden Parteien TRT, NAP und CT wird darüber hinaus geprägt von aus westlicher Sicht nicht immer einfach nachzuvollziehenden Faktoren. Beispielsweise diente Sanoh zuvor bereits den anderen Parteivorsitzenden der Koalition – Banharn in der CT und Chavalit in der NAP – als politisch entscheidender Drahtzieher: Beide wurden nicht zuletzt dank seiner Unterstützung Premierminister, aber erlitten aufgrund seiner Einflussnahme auch schwere Niederlagen und Machtverluste, die sie mit Sicherheit nicht vergessen haben. Gleichwohl jedoch müssen sie jetzt den Einfluss Sanohs auf Thaksin akzeptieren, ohne selbst allzu große Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Beziehung zu haben.

Zwei ehemalige Generalsekretäre und der amtierende Generalsekretär der NAP befinden sich jetzt an einflussreichen Stellen der neuen Regierung, wenngleich in unterschiedlichen Parteien: Sanoh – Repräsentant der alten Politikergarde, Chef des politischen Beraterteams Thaksins sowie de facto parlamentarischer Geschäftsführer von TRT – sowie Chaturon Chaisaeng als TRT-Minister im Premierministeramt, früherer stellvertretender Finanzminister der NAP, der bis dato als reformorientiert galt. Sanoh wurde vor weniger als zwei Jahren von NAP-Chef Chavalit als amtierender Generalsekretär praktisch aus der Partei hinausgedrängt und durch Chaturon ersetzt, der sich aber alsbald an der stark konservativen Grundhaltung Chavalits rieb und von Wan Muhamad Nor Matha abgelöst wurde, dem jetzigen Telekommunikationsminister. Dies belegt bei-

19) So äußerte sich z.B. Somsak Thepsuthin (TRT), der ohne Erfolg beanspruchte, stellvertretender Innenminister zu werden, sarkastisch: „Thaksin kümmert sich mehr um NGO-Aktivisten und frühere Beamte als um Politiker“; vgl. *Bangkok Post*, 15. Februar 2001. Somsak wurde schließlich noch Minister im Premierministeramt. Es ist davon auszugehen, dass seine Kritik die Verärgerung von mindestens vier weiteren, zu TRT übergetretenen ehemaligen Kabinettsmitgliedern widerspiegelt, deren Ambitionen auf ein Regierungsamt enttäuscht wurden. Solche Vorgänge inspirierten die *Bangkok Post* in einem von erstaunlicher Voraussicht gekennzeichneten Kommentar vom 20. September 2000 zu der Prognose, „the faction wars that will explode in [Thaksins] party when it comes to sharing out plum posts will make the Balkans seem like a tea party“.

spielhaft, dass ein Parteiwechsel in Thailand in der Tat als Akt machiavellistischer Klugheit gilt und dass es im „Land des Lächelns“ zumindest in der Politik weder permanente Freundschaften noch ewige Feindschaften gibt.

Dementsprechend wurde auch die Koalitionsfähigkeit demokratischer Parteien untereinander nie ernsthaft in Frage gestellt. Zwar galt im Vorfeld der Wahl vom 6. Januar und der Aussicht eines ungefährdeten TRT-Sieges eine Koalition unter Ausschluss der Demokraten als sicher, was jedoch nicht heißt, dass unter anderen Konstellationen und bei annähernd gleicher Interessenlage selbst diese beiden, sich ansonsten kritisch bis feindlich gegenüberstehenden großen Parteien nicht auch eine parlamentarische Zusammenarbeit eingehen können würden.

Thaksin beginnt seine Regierungsarbeit mit dem politisch-strategischen Vorteil, dass ihm in der jetzigen Opposition mit der Chart Pattana (CP) ein Partner für eine Alternativkoalition bereits zur Verfügung steht. Der Vorsitzende der CP und frühere Gesundheitsminister Korn Dabbaransi hatte seine Partei, sehr zum offensichtlichen Ärger des CP-Generalsekretärs und Industrieministers Suwat Liptapanlop, schon früh um die Beteiligung an einer TRT-geführten Regierung gebracht, als er mit Bezug auf das anstehende Verfassungsgerichtsverfahren gegen den neuen Premierminister dessen politisch-moralische Legitimation für sein neues Amt in Frage stellte. Suwat verfolgte hingegen eine pragmatischere Linie, die darauf abzielte, die CP um welchen Preis auch immer an der Regierung zu beteiligen.²⁰⁾ Nach dem Scheitern dieses Ansinnens kann die Partei noch immer auf eine künftige Rolle als Mehrheitsbeschafferin für Thaksin hoffen, sollte dieser seitens einer seiner beiden Partner mit existentiellen koalitionsinternen Schwierigkeiten konfrontiert werden. Diese Alternative auf Abruf wirkt daher als Disziplinierungsinstrument der TRT gegenüber NAP und CT.

20) Äußerlich sichtbares Signal dieser Bereitschaft war die entgegen allen Erwartungen der Öffentlichkeit geübte Stimmenthaltung der CP bei der Wahl Thaksins zum Premierminister am 9. Februar 2001 im Repräsentantenhaus. Dies brachte der Partei in der Presse den Vorwurf ein, ihre Oppositionsrolle von Beginn an nicht ernsthaft wahrnehmen zu wollen, um sich solchermaßen das Wohlwollen Thaksins zu sichern.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Thaksin verbinden sich große Erwartungen vornehmlich der Bevölkerung in den benachteiligten Landgebieten im Hinblick auf eine zügige und nachhaltige Erholung der thailändischen Wirtschaft. Die

Wahlversprechen von TRT – der Dorfentwicklungsfonds von einer Million Baht pro Dorf (nach derzeitigem Umrechnungskurs etwa 25 500 Euro) sowie das dreijährige Schuldenmoratorium für Bauern implizieren u.a. eine in naher Zukunft erhöhte Ausgabentätigkeit der Regierung. Diese wird gemäß aktuellen Konjunkturprognosen mit einem im Vergleich zum Vorjahr um voraussichtlich einen Prozentpunkt niedrigeren Wirtschaftswachstum von vier Prozent im Jahr 2001 bei gleichzeitig höherer Inflation von geschätzten 2,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 2001 in Einklang zu bringen sein.²¹⁾ Wirtschaftspolitische Berater der TRT halten hingegen ein durch Ankurbelungs- und Restrukturierungsmaßnahmen für die Wirtschaft gesteigertes Wachstum von bis zu sieben Prozent in diesem Jahr für möglich. Dabei hat TRT der Erhöhung der Mehrwertsteuer von derzeit sieben auf zehn Prozent wiederholt eine Absage erteilt. Diese Anhebung war ursprünglich bereits 2000 geplant, wurde aber von der damaligen Regierung Chuan verschoben, um die Inlandsnachfrage nicht zu gefährden. Ein Verzicht auf diese Maßnahme brächte, gemeinsam mit den von TRT in anderen Bereichen versprochenen Steuerensenkungen, weitere Fragezeichen bezüglich der Einnahmesituation des Staates. Die Wachstumszielvorgaben des nationalen Entwicklungsplans stützen sich hauptsächlich auf ein stetiges Exportwachstum von jährlich acht Prozent bis 2006, das andere thailändische Experten unter den Vorzeichen einer nachlassenden Weltkonjunktur und eines nicht auszuschließenden wirtschaftlichen Abschwungs der beiden größten thailändischen Handelspartner USA und Japan durchaus nicht für gesichert halten, wenn das Königreich selbst unter den günstigeren Rahmenbedingungen einer stabileren Weltkonjunktur im vergangenen Jahr maximal fünf Prozent Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte. Besorgniserregend war in diesem Zusammenhang auch das im Januar 2001 erwirtschaftete Handelsbilanzdefizit von 343 Millionen US-Dollar: erst zum zweiten Mal binnen der vergangenen 3 1/2 Jahre wies dieser Indikator einen negativen Saldo auf.²²⁾ Die ökonomischen Vorzeichen sind eher kritisch.

21) Vgl. *Asiaweek*, 12. Januar 2001, S. 24.

22) Vgl. *Bangkok Post*, 16. Januar und 23. Februar 2001.

Thaksin und das Verfassungsgericht: Schnelles Ende einer Karriere?

Ein Urteil der Nationalen Anti-Korruptions-Kommission (NCCC) hatte den Telekommunikations-Milliardär Thaksin kurz vor dem Wahltag vorsätzlicher Falschangaben bei der Deklaration seines Vermögens für schuldig befunden. Diesem Spruch wird eine Überprüfung des Sachverhalts durch das Verfassungsgericht Thailands folgen, das, sofern die Richter das Ergebnis der NCCC-Ermittlungen bestätigen, ein bis zu fünfjähriges Verbot der Übernahme politischer Ämter für den Vorsitzenden der TRT nach sich ziehen kann.

Die Affäre um nicht deklarierte Vermögenswerte hatte den Spitzenpolitiker seit Monaten belastet. Die Reformverfassung von 1997 schreibt vor, dass aus dem Amt scheidende bzw. neu ernannte Kabinettsmitglieder binnen Monatsfrist nach Aufgabe bzw. Übernahme des Amtes ihre persönlichen Vermögensverhältnisse gegenüber der NCCC offenzulegen haben. Thaksin war bis Ende 1997 einer der stellvertretenden Premierminister im Kabinett Chavalit Yongchaiyudhs, des während des Ausbruchs der Asienkrise amtierenden Regierungschefs. Der Self-made-Unternehmer legte der NCCC davor und danach auch diese vorgeschriebenen Vermögensdeklarationen vor, die laut im Jahr 2000 aufgekommenen Vorwürfen allerdings nicht vollständig waren, weil sie keine Angaben über persönliches Vermögen Thaksins im Wert von 3,9 Milliarden Baht (umgerechnet ca. 107 Millionen Euro) enthielten. Ein Jahr nach Amtsaufgabe legte er der NCCC eine weitere Erklärung seines Gesamtvermögens vor, die nach derzeitigem Ermittlungsstand jedoch keine Angaben über weiteres persönliches Vermögen des Tycoons im Wert von mehreren hundert Millionen Baht aufwies. Thaksins schwerste Verfehlung sieht die NCCC in der Tatsache, dass er Teile des Aktienbesitzes an seinen Unternehmen pro forma auf Mitglieder seiner Familie sowie Angestellte seines Haushalts übertragen ließ, um vermutlich auf diese Weise Verfassungsbestimmungen zu umgehen, wonach Regierungsmitglieder nur einen sehr begrenzten Eigentumsanteil an Unternehmen haben dürfen. Dieses Vorgehen legt ebenfalls den Verdacht der gezielten

Steuerhinterziehung sowie Verstöße gegen das thailändische Börsengesetz nahe.

Die Beratungen der NCCC zogen im Dezember 2000 ein erhebliches Medienecho auf sich, das zeitweise von den politischen Auseinandersetzungen des Wahlkampfes ablenkte. Thaksin versuchte von Anfang an, die Bedeutung der Kommissionsermittlungen zu relativieren, indem er die Lücken der seinerzeitigen Vermögensoffenlegung als bloßes Versäumnis und Folge unvollständiger Kenntnis der entsprechenden Rechtsbestimmungen erklärte sowie darauf hinwies, dass er den weit überwiegenden Teil seines Vermögens korrekt deklariert habe und seine Vermögensverhältnisse als vermutlich wohlhabendster Thailänder allgemein bekannt und überprüfbar seien. Gleichwohl erweckte er in der Öffentlichkeit nicht immer den Eindruck der Kooperationsbereitschaft mit der NCCC, ließ sich Zeit bei der Vorlage der von der Kommission geforderten Unterlagen und wollte mit Hinweis auf seine Wahlkampfverpflichtungen zunächst auch nicht zu dem von der NCCC festgesetzten Vorladungstermin erscheinen: Offensichtlich aufgrund des Drucks seiner politischen Berater vermied er schließlich doch eine solche Brüskierung. Überzeugend im Sinne seiner Unschuld wirkte dies alles weder auf die Öffentlichkeit noch auf die NCCC. Die Kommission machte auch deutlich, dass bei ihrer Untersuchung die Frage der vorsätzlichen Fehldeklaration durch Thaksin im Mittelpunkt stand, unabhängig von der Höhe des fraglichen Betrages. Zudem stellte sich heraus, dass enge Mitarbeiter des Unternehmers durchaus Akten über die versteckten Vermögenswerte geführt hatten, deren bloßes Übersehen also kaum glaubwürdig erschien.

Der Spruch der NCCC in der letzten Dezember-Woche fiel bei neun Kommissionsmitgliedern mit 8:1 überraschend deutlich aus und sorgte sogleich für eine Welle von Spekulationen in den thailändischen Medien sowie unter politischen Beobachtern. Im Kern der Diskussion stehen die Fragen nach der politischen Zukunft Thaksins.

Das Verfassungsgericht wird voraussichtlich im Frühjahr mit der Verhandlung über die NCCC-Ermittlungsergebnisse im Fall Thaksin beginnen. Allgemein wird angenommen, dass sich die Beratungen des Gerichts, unter Berücksichtigung der Schwere

des Falles und des erheblichen Umfangs des zu bearbeitenden Aktenmaterials, über mehrere Monate erstrecken werden. Geht man von dem im Sommer 2000 verhandelten Verfahren gegen Sanan Kachornprasert, den früheren Innenminister und Generalsekretär der Demokratischen Partei aus, der wegen Verschleierung von sehr viel geringeren Vermögenswerten angeklagt, verurteilt und für fünf Jahre aus der Politik verbannt wurde, erscheint ähnliches bezogen auf Thaksin nicht mehr ausgeschlossen. Er könnte daher einer der kurzlebigen Regierungschefs in der neueren Geschichte Thailands werden, bevor ihn das Verfassungsgericht aus dem Amt entfernt. Angesichts der von Thaksin auch nach der NCCC-Entscheidung nach außen hin beteuerten Unschuld und seiner Entschlossenheit, Premierminister bleiben zu wollen, fragen sich kritische Beobachter jedoch bereits, ob der Mann ein für ihn ungünstiges Urteil des Verfassungsgerichts überhaupt akzeptieren würde, sofern er erst einmal über die übliche politische Schonfrist hinaus im Amt ist. Es ist in der politischen Szene des Landes ein offenes Geheimnis, dass der Medienunternehmer beträchtliche Geldbeträge investiert hat, um seine langgehegten politischen Ambitionen Realität werden zu lassen.

Die thailändischen Medien, insbesondere die englischsprachige Presse, hatten unmittelbar nach dem NCCC-Spruch dem TRT-Vorsitzenden, zumindest bis zur Verkündung eines Urteils des Verfassungsgerichts, den vorläufigen Rückzug aus der Politik nahegelegt und ihre Forderung mit Meinungsumfragen untermauert, wonach das Vertrauen der Bevölkerung in Thaksin und seine Partei nach der Entscheidung der Anti-Korruptionsbehörde angeblich gesunken sei. Das mochte kurzfristig zutreffen, hielt aber die Wähler erkennbar nicht von ihrem eindeutigen Votum ab. Nicht wenige haben noch immer Vorbehalte gegen den oft zu perfekt auftretenden Medienunternehmer, aber sie waren mehrheitlich geneigt, dem ehrgeizigen Thaksin eine Chance zu geben. Gilt er ihnen doch als Beispiel einer beruflichen Erfolgsgeschichte in der Wirtschaft, von der sie sich in ihrem eigenen Interesse wünschen, dass er sie in der Politik wiederholen kann.

Solche hohen Hoffnungen kontrastieren stark mit den Überlegungen politischer Auguren, ob und wie

es mit TRT weitergeht, sollte Thaksin vom Verfassungsgericht aus der Politik entfernt werden.²³⁾ Ob ein anderer TRT-Spitzenpolitiker zur Ersatzlösung wird und in diesem Fall tatsächlich unabhängig von dem mit hoher Wahrscheinlichkeit im Hintergrund Einfluss ausübenden Thaksin regieren könnte, ist aus heutiger Sicht noch nicht schlüssig zu beantworten.

■ „Neues Denken, neues Handeln“: Politikwechsel ante portas

Rolle und Selbstverständnis des Militärs

Einer der wichtigsten Fortschritte des nach den prodemokratischen Protesten 1992 beginnenden Reformprozesses war die von dem damaligen Übergangs-Ministerpräsidenten Anand Panyarachun eingeleitete vorsichtige Zurückdrängung des Militärs aus der Politik. Dass dies nicht folgenlos geblieben ist, lässt sich am besten daran erkennen, dass der letzte Putsch nunmehr bereits über zehn Jahre zurückliegt. Der Versuch, insbesondere die Führung der Streitkräfte zu einer dauerhaften Enthaltung von der Einflussnahme auf die Innenpolitik zu bewegen, ging mit einer von der zweiten Regierung Chuan seit 1997 systematisch betriebenen Veränderung von internen strukturellen Charakteristika der Streitkräfte einher. Nicht nur übernahm Regierungschef Chuan in Personalunion zusätzlich das Amt des Verteidigungsministers, sondern er betrieb dabei auch eine zielstrebige Politik des Wandels des Selbstverständnisses der Armee und der anderen Teilstreitkräfte. Äußeres Zeichen war z.B. die von ihm mit Nachdruck geförderte Berufung von General Surayud Chulanont zum Oberbefehlshaber der Armee im Jahr 1998.²⁴⁾ Das war insofern bemerkenswert, als der Premierminister damit nicht den dienstältesten zur Beförderung anstehenden Offizier ernannte und eine Abkehr von dem in der thailändischen Gesellschaft, vor allem aber in der Armee, äußerst wichtigen Senioritätsprinzip vollzog.²⁵⁾ Surayud bekannte sich mehrfach öffentlich zum Primat der demokratisch legitimierten Institutionen sowie zur politischen Neutralität der Streitkräfte, was nicht ausschloss, dass Militärvertreter hinter den Kulissen dennoch auf politische Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einwirken konnten. Bekanntermaßen stellte sich Surayud ebenso den offenbar hin und

23) Artikel 295, Abs. 1, der Verfassung schreibt vor, dass, sofern das Verfassungsgericht ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot ausspricht, diese Frist „from the date of the vacation of the office“ beginnt. Die TRT vertritt in der öffentlichen Diskussion, soweit sie sich dazu überhaupt offiziell äußert, daher die Rechtsauffassung, dass im Falle der Verurteilung Thaksins diese Frist dann bereits Ende 2002 abgelaufen sein müsste, da er sein Amt als stellvertretender Premierminister in der Regierung Chavalit im November 1997 aufgegeben hatte. Hinter dieser Haltung verbirgt sich die Hoffnung auf eine länger als erwartet andauernde Verhandlung vor dem Verfassungsgericht, um, gegebenenfalls mit Hilfe der von seinen Verteidigern höchstwahrscheinlich zu erwartenden zusätzlichen Beweisanträge, Einsprüche, Anträge auf diverse Fristverlängerungen etc. den Urteilspruch so lange wie möglich hinauszögern und so andererseits die tatsächliche Verbotsdauer der politischen Betätigung zu verkürzen. Hinzu kommt, dass das Verfassungsgericht den Status zweier Mitglieder der NCCC prüfen müssen, die entgegen den Bestimmungen der Verfassung, im Besitz von Unternehmensanteilen waren, dennoch an dem Urteil gegen Thaksin mitwirkten, jedoch einen Tag nach der Bekanntgabe der Kommissionsentscheidung zurücktraten.

24) Obwohl der Oberbefehlshaber aller Streitkräfte formell über dem Oberbefehlshaber der Armee steht, gilt der Armeechef allgemein als der unter politischen Aspekten mächtigste Kommandeur.

25) Surayud war erst im Jahr vor seiner Berufung zum Armeechef General geworden; vgl. *Bangkok Post*, 5. Februar 2001.

wieder aufkeimenden politischen Ambitionen von Teilen des jüngeren Offizierskorps entgegen.

Auch in den Institutionen des politischen Systems machte sich die veränderte Rolle der Streitkräfte, vor allem aber ihre aus der Perspektive der Bevölkerung sinkende Bedeutung für die thailändische Politik, bemerkbar: So sind nur noch ein geringer Teil der Mitglieder des in 2000 erstmals direkt von der Bevölkerung gewählten Senats Angehörige des Militärs, und obwohl ein Großteil der Senatskandidaten in Bangkok hochrangige Offiziere waren, gelang keinem von ihnen in der Hauptstadt der Sprung in die zweite Parlamentskammer. Das galt seinerzeit als bemerkenswertes Zeichen einer gewachsenen politischen Reife der Thais²⁶⁾, denn in dem zuvor noch aus ernannten Mitgliedern bestehenden Senat stellten die Militärs als eine der dominierenden gesellschaftlichen Eliten traditionell bis zu einem Drittel der Mitglieder. Parallel zu dieser Entwicklung veränderte sich unter Chuan auch die Führungsstruktur des Militärs: Speziell die im Verhältnis zur Gesamtstärke der Streitkräfte außerordentlich hohe Zahl von Generälen wurde im Rahmen eines Personal- und Stellenabbaus bereits spürbar reduziert; überdies kündigte der Armeeoberbefehlshaber die Auflösung von mindestens drei Armeekorps und einer Spezialkampfdivision an.²⁷⁾

Als im Vorwahlkampf 60 z.T. hohe Offiziere in Uniform in der Parteizentrale von TRT erschienen, um Thaksin ihre persönliche Unterstützung auszusprechen, sah sich General Surayud veranlasst, eindringlich auf das politische Neutralitätsgebot der Streitkräfte hinzuweisen, eine Position, die offiziell auch der Supreme Commander General Sampaio Chusri, vertrat.²⁸⁾ Sobald nach dem 6. Januar 2001 bekannt wurde, dass der NAP-Vorsitzende Chavalit Yongchaiyudh, selbst ein früherer Oberkommandierender der Streitkräfte, erneut das Verteidigungsministerium übernehmen würde, mehrten sich die Bedenken politischer Beobachter hinsichtlich der Fortsetzung der begonnenen Reform der Streitkräfte. Chavalit, der bereits in mehreren früheren Regierungen an der Spitze des Verteidigungsministeriums stand, hatte öffentlich die Nichtbeachtung des Senioritätsprinzips in den Streitkräften durch die Regierung Chuan in Zusammenhang mit der Beset-

26) Selbst in denjenigen Bangkokker Stadtbezirken mit einem hohen Anteil von Militärpersonal an der Wohnbevölkerung waren die Stimmenanteile für Senatskandidaten des Militärs z.T. verschwindend gering. Befürchtungen, dass z.B. Wehrdienstleistende von ihren militärischen Vorgesetzten zur Stimmabgabe für diese Kandidaten gedrängt werden könnten, erwiesen sich als unbegründet.

27) Die verfügbaren Angaben nennen eine Verminderung um 200 auf jetzt ca. 1100 Generäle mit einer Zielvorstellung von nur noch 700 Generälen; vgl. *Bangkok Post*, 13. Oktober 2000 und 8. Februar 2001.

28) Vgl. *Bangkok Post*, 29. Dezember 2000.

zung von militärischen Spitzenpositionen kritisiert und angekündigt, er werde zu dieser Tradition zurückkehren. Dabei pries er zugleich ein obsolet wirkendes Ideal der „Brüderlichkeit“ zwischen Soldaten²⁹⁾, das dem Kern der von der Vorgängerregierung angestrebten Wandel des militärischen Selbstverständnisses – insbesondere der damit implizierten Vermeidung politischer Verselbständigungstendenzen – widerspricht. Nicht ausgeschlossen ist aus heutiger Sicht, dass er versucht sein wird, auch andere wichtige Reformansätze zu stoppen bzw. umzukehren: Dass sein persönliches Verhältnis zum reformorientierten Armeechef korrekt, aber nicht besonders eng ist und dies möglicherweise schon zum üblichen Beförderungstermin am 1. Oktober 2001 zu einer personellen Veränderung in dieser Schlüsselposition führen könnte, gehört zu den offen diskutierten Aspekten einer neuen Militärpolitik.³⁰⁾ Damit einhergehen dürfte dann allerdings auch ein mehr oder weniger offener Stopp der Verminderung der Generalspositionen, von denen bekannt ist, dass Chavalit als Verteidigungsminister sich schon früher dieses Mittels als Instrument der Gunstgewährung und Netzwerkbildung innerhalb der Gruppe der Spitzenoffiziere bedient hat. Ebenso ist anzunehmen, dass seine Berufung nicht ohne Konsequenzen auf die problematischen thailändischen Beziehungen zum Nachbarland Burma bleiben werden.

29) Vgl. *The Nation*, 26. Januar 2001.

30) Vgl. *Bangkok Post*, 4. Februar 2001.

Thai-burmesische Beziehungen als Modell „neuer“ Außenpolitik Bangkoks?

Nicht erst seit den jüngsten militärischen Zwischenfällen an der thai-burmesischen Grenze Anfang Februar rückten die traditionell aus mehreren Gründen schwierigen Beziehungen beider ASEAN-Nachbarn wieder in den Brennpunkt des Interesses. Das Thema wurde von TRT u.a. auch dazu benutzt, den von der Thaksin-Regierung beabsichtigten neuen Stil in der Gestaltung der Außenpolitik darzustellen. Daraus abzuleiten, dass TRT über eine festgeschriebene, in sich schlüssige außenpolitische Programmatik verfügte, wäre jedoch verfehlt. Im Gegenteil: Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats hatte eben dieses Defizit der neuen großen Regierungspartei mit relativ deutlichen Worten kritisch beschrieben und dabei auch Bezug auf die sich

31) Vgl. *Bangkok Post*, 5. Februar 2001.

32) Vgl. die vorzügliche Darstellung des Sachverhalts bei Jörn Dosch, „ASEAN and the EU on the Eve of the Millennium – Introductory Remarks and Observations“, in: *Asien* (Juli 1999) 72, S. 7-18, 16.

33) Nicht umsonst bemerkte ein führender thailändischer Politikwissenschaftler im Gespräch mit dem Autor, das thailändische Außenministerium sei unter der Leitung Surins zu „Madeline Albright's branch“ geworden.

daraus ergebenden Implikationen für die thai-burmesischen Beziehungen genommen.³¹⁾

Das bilaterale Verhältnis ist in den vergangenen Jahren vornehmlich durch von Burma ausgehenden Drogenschmuggel, illegale burmesische Einwanderer in Thailand, Probleme um den Status von ethnischen Minderheiten im Grenzgebiet sowie Streitigkeiten um Fischereirechte belastet gewesen. Die Regierung Chuan und ihr Außenminister Dr. Surin Pitsuwan hatten in den vergangenen drei Jahren hinsichtlich der Beziehungen zu Thailands Nachbarstaaten den Grundsatz einer über formelle, offizielle Kommunikationswege betriebenen Außenpolitik verfolgt, die den Einsatz informeller, persönlicher Kontakte bewusst nicht in den Vordergrund stellte. Hintergrund war die Unzufriedenheit Surins und anderer vornehmlich jüngerer, hochrangiger Politiker der Region mit den Schwächen und Unzulänglichkeiten traditioneller „asiatischer“ Problemlösungsstrategien (wie dem bis dahin von den ASEAN-Regierungen praktizierten gegenseitigen Nichteinmischungsprinzip), die Surin, seinerzeit nur mit Unterstützung der Philippinen, durch eine „Politik des „flexible engagement“ zu ersetzen vorschlug, womit er jedoch am Widerstand der anderen Mitgliedstaaten scheiterte.³²⁾ Während seiner zweiten Amtszeit kam kein Besuch Premierminister Chuans in Burma zustande, was von seinen Kritikern als Ergebnis US-amerikanischen Einwirkens auf die thailändische Außenpolitik bewertet wurde.³³⁾ Angesichts einer traditionell auf die Wahrung ihrer kulturellen und politischen Autonomie bedachten Gesellschaft sowie einer thailändischen Politik- und Wirtschaftselite, die auch mehr als drei Jahre nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in weiten Teilen die schmerzhaften, von außen – insbesondere seitens des Internationalen Währungsfonds (IMF) – verordneten Auflagen für Hilfsmaßnahmen noch immer nicht vergessen – um nicht zu sagen nicht verziehen – hat, musste die Wahrnehmung der thailändischen Außenpolitik als zumindest teilweise fremdgesteuert Wasser auf die Mühlen der Befürworter traditioneller Mittel und Methoden sein.

Ein Wandel deutet sich jetzt sowohl in Personen als auch in Instrumenten an. Der neue Außenminister Surakiart Sathirathai – in der Regierung Banharn

Silpa-archas 1995/96 war er für viele überraschend Finanzminister geworden, ohne allerdings durch nachhaltige Erfolge überzeugen zu können – hat bereits mehrfach öffentlich seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass Diplomatie durch den gezielten Einsatz persönlicher Beziehungen effektiver gestaltet werden könne. Von ihm wird allgemein eine Schwerpunktbildung bzw. -verlagerung thailändischer Außenpolitik zugunsten der Außenhandelspolitik erwartet, was angesichts seines persönlichen Hintergrunds als Jurist mit dem Spezialgebiet des internationalen Handelsrechts nahe liegt: in der öffentlichen Debatte wird dem Außenminister der Begriff *forward engagement* für diese Politik zugeschrieben.³⁴⁾

Surakiart ging in der Debatte um die Regierungserklärung Thaksins so weit zu sagen, dass „Thailand will assure close neighbours that no one is dictating our foreign policy, that our foreign policy is purely our own“.³⁵⁾ Die zukünftige Burma-Politik Bangkoks dürfte somit wieder voll und ganz dem ASEAN-Grundsatz der nach außen dokumentierten Solidarität mit dem Mitgliedsland Burma folgen. Ob dies der Weiterentwicklung der ohnehin ebenfalls nicht unproblematischen ASEAN-EU-Beziehungen dienlich sein wird, sei dahingestellt.

Aus heutiger Sicht ist jedenfalls nicht erkennbar, dass die Regierung Thaksin in der Gestaltung ihrer Außenpolitik sich primär durch Aspekte wie aktive Menschenrechtsförderung leiten lassen wird. Die burmesische Seite hat deshalb keinen Hehl aus ihrer Präferenz einer TRT-Regierung gegenüber der von Chuan geführten gemacht. Daher sah der neue Regierungschef wohl auch keinen Grund, die öffentliche Ankündigung eines offiziellen Besuches in Burma zurückzustellen. Angesichts dessen, dass dies bedeutet hätte, die Militärjunta in Rangoon auf höchster thailändischer Ebene hoffähig zu machen, musste der neue Außenminister schon am Tag seiner Vereidigung diese Intention Thaksins als *general line of thinking*³⁶⁾ abschwächen, wozu ihm die jüngsten militärischen Grenzzwischenfälle den erforderlichen Vorwand lieferten.

Im TRT-geführten Außenministerium wird es keinen stellvertretenden Minister mehr geben wie noch in der Chuan-Regierung. Dies kann durchaus als Symbol der Bedeutung interpretiert werden, die die

34) Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 22. Februar 2001.

35) *The Nation*, 28. Februar 2001.

36) *Bangkok Post*, 19. Februar 2001.

37) Dies sind die Ressorts für Justiz, Universitätsangelegenheiten sowie für Wissenschaft, Technologie und Umwelt.

Koalitionsparteien diesem Ressort beimessen, das damit auf der gleichen Stufe steht mit drei anderen, bisher ohne große Außenwirkung und Einfluss tätigen Ministerien.³⁷⁾ Ob Thailand zukünftig überhaupt eine relevante außenpolitische Rolle in der ASEAN und anderen internationalen Foren spielen will, bleibt unklar. Die stereotype Erklärung, man wünsche zu allen Nachbarn gute Beziehungen, ist bei weitem nicht ausreichend. Außenpolitik unter Thaksin bleibt daher ein Bereich mit akutem Definitions- und Erklärungsbedarf.

■ Politische Reform in Thailand: Eine Zwischenbilanz

Politische Parteien

Die Wahlen vom 6. Januar 2001 haben aufschlussreiche Erkenntnisse über die Situation der thailändischen Parteienlandschaft erbracht. Es zeigt sich, dass Hoffnungen auf die wenn auch langsame, so doch stetige Entwicklung von Programm- und Mitgliederparteien westeuropäischen Typs auch weiterhin keine realistische Perspektive haben. Die außerordentlich starke Persönlichkeitsorientierung bleibt das Grundmuster der Parteienentwicklung in Thailand, verbunden mit der Kernfunktion der Partei als Instrument zur Verwirklichung persönlicher Ambitionen und Vertretung individueller oder Gruppeninteressen.

Die Tatsache, dass Thai Rak Thai allein aus der persönlichen Motivation Thaksins heraus entstand, um nahezu jeden Preis Premierminister werden zu wollen, verdeutlicht diesen für viele Sektoren der thailändischen Gesellschaft typischen Top-down-Prozess anschaulich. TRT ist ebenfalls der Beleg für die noch immer signifikante und wahrscheinlich in Zukunft noch bedeutendere Rolle des Geldes in der thailändischen Politik. Eine effektive, landesweit erfolgreich arbeitende Parteiorganisation sowie ein kreativer Partei-Think Tank scheinen ohne großzügig bemessene materielle Ressourcen im Hintergrund in Thailand unmöglich zu sein. Das liegt zum einen an der zumindest im politischen Bereich fast völlig fehlenden ehrenamtlichen Tätigkeit von Parteimitgliedern, die in Westeuropa eine wesentliche Voraussetzung für den politischen Erfolg ist. Die

Institution der politischen Partei an sich scheint den durchschnittlichen Thai eher zur politischen Passivität zu veranlassen, ganz im Gegensatz zu den zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft im vorpolitischen Raum, wo sich eine Vielzahl äußerst engagierter und z.T. hochqualifizierter Frauen und Männer für soziale, kulturelle und auch politische Anliegen einsetzen. Hingegen könnte wohl keine einzige der nach dem 6. Januar im Parlament vertretenen Parteien für sich in Anspruch nehmen, als Ergebnis einer von der Bevölkerung getragenen Bewegung entstanden zu sein, auch wenn Thaksin dies unter Verweis auf die angeblich acht bis 13 Millionen Mitglieder von TRT – Zahlen, die niemals überzeugend belegt wurden – indirekt zu vermitteln versuchte: Thais mögen Thais lieben, aber sie tun es vornehmlich außerhalb von Parteien.

Zudem fehlt den thailändischen Parteien ein für ihre politische Relevanz wesentliches Element: die Langlebigkeit. Seit Januar sind einstmals namhafte Organisationen wie Prachakorn Thai, Solidarity oder die Social Action Party, die in der Vergangenheit Premierminister stellte, wohl endgültig im Fundus der politischen Geschichte Thailands verschwunden. Schon zuvor ereilte dieses Schicksal die einstmals mächtige Phalang Dharma, eine Partei, die in den frühen neunziger Jahren die Quelle der Hoffnung der gebildeten urbanen Schichten auf eine substanzielle Veränderung des politischen Systems war und mit dem legendären Anführer der Protestbewegung von 1992, Chamlong Srimuang, einen charismatischen Vorsitzenden hatte, dem dann bezeichnenderweise Thaksin folgte, unter dessen Ägide die Partei begann, unweigerlich in die Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Selbst wenn es aus heutiger Sicht unvorstellbar erscheint, so gibt es doch auch für TRT keine Garantie, dieser Bestimmung stets entgehen zu können. Dafür hat sich die thailändische Wählerschaft als zu unberechenbar erwiesen.

Eine Ausnahmeerscheinung bleibt dagegen die Demokratische Partei, die älteste politische Kraft im Nachkriegsthailand. Ihre auch jetzt trotz starken politischen Gegenwinds wieder unter Beweis gestellte starke Verwurzelung im thailändischen Süden nur mit einer Funktion als Klientelpartei oder übermäßigen Aufwendungen für eventuelle Stimmen-

käufe erklären zu wollen, wäre zu einfach: Schließlich ist jede thailändische Partei stark klientelbezogen, und im abgelaufenen Wahlkampf waren die Demokraten mit Sicherheit nicht der finanzkräftigste Teilnehmer am politischen Wettbewerb. Es mag eine Kombination aus regionaler Dominanz bestimmter politischer Familien über mehrere Generationen, einer geschickten Auswahl der Führungspersönlichkeiten und anderer Faktoren sein, die der Partei ermöglichten, selbst unter schwierigen Bedingungen noch immer zur zweitstärksten Fraktion im Repräsentantenhaus zu werden. Die Demokraten haben in ihrer über 50-jährigen Geschichte schon viele konkurrierende, neue Parteien im Parlament kommen und auch wieder verschwinden sehen. Es ist anzunehmen, dass diese Erfahrung dem jetzt neuen Oppositionsführer Chuan Leekpai genug Zuversicht für eine Rückkehr seiner Partei an die Regierungsmacht verleiht. Premierminister Thaksin hat in den Demokraten jedenfalls keine bequemen Gegner zu erwarten.

Die außer TRT einzig interessante Neugründung unter den bei dieser Wahl angetretenen Parteien war Thin Thai, die unter maßgeblichem Einfluss des früheren Bangkokker Gouverneurs Dr. Bhichit Rattakul entstandene Mutterlandspartei. Es mag nicht wenige gegeben haben, die hofften, Bhichit würde sein für thailändische Politiker außergewöhnlich großes Interesse für umweltpolitische Belange zur ideologischen Grundlage von Thin Thai machen. Hatten doch liberale Journalisten vor Jahresfrist und besonders unter dem Eindruck der Regierungsbeteiligung der Grünen in Deutschland wortreich über die Heilswirkung einer grünen Partei für das Parteien- und politische System Thailands spekuliert. Thin Thai jedoch enttäuschte solche Erwartungen stark und blieb mit einer überraschend ideenlosen Plattform, die sich im Wesentlichen auf anti-IMF-Polemik stützte, weit hinter den Möglichkeiten Bhichits zurück. Dieser Misserfolg gibt keinerlei Aufschluss über das Potenzial einer wirklich grünen Partei, deren Gründung in absehbarer Zeit wohl noch nicht auf der politischen Tagesordnung steht. Allerdings fehlen bisher auch überzeugende Hinweise darauf, dass eine umwelt- und basisdemokratisch orientierte politische Kraft sich und ihren heh-

ren Grundsätzen in einem so schwierigen parteipolitischen Umfeld wie in Thailand treu bleiben und dennoch dauerhaft politischen Erfolg haben könnte.

Politische Kultur

Das erste gemäß den Bestimmungen der Reformverfassung von 1997 gewählte Repräsentantenhaus sollte entsprechend den Absichten der Autoren der Charta die Fortschritte des Landes auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat widerspiegeln. Die zahlreichen Bestimmungen und Vorkehrungen, die zu diesem Zweck in die Verfassung aufgenommen wurden, die nicht minder zahlreichen Zusatzgesetze und Durchführungsbestimmungen, die parallel dazu entstanden, waren beispiellos in Südostasien und brachten Thailand internationale Anerkennung für seinen binnen kürzester Zeit vorangetriebenen politischen Reformprozess ein. Dies war jedoch nur der theoretische Teil der angestrebten Veränderung der politischen Kultur. Die politische Praxis im Kontext dieser Wahlen hat gezeigt, dass einige Elemente und Institutionen des Reformprozesses tatsächlich funktionieren, die meisten verbesserungsbedürftig sind und anderen schlichtweg die Substanz fehlt.

Die Thais haben ihre politische Verantwortung als Staatsbürger bewusst und eindrucksvoll wahrgenommen. Dies lag zum Großteil an der gegenwärtig schwierigen Gesamtsituation des Landes, von der fast alle betroffen sind. Deshalb bedurfte es keiner in der Verfassung verankerten Wahlpflicht, vor allem auch deshalb nicht, weil der Ausschluss von der politischen Entscheidungsfindung keine wirksame Strafanandrohung für politisch Desinteressierte ist: ein Drittel nicht erschienene Wähler belegen das eindrucksvoll.

Das Zweistimmen-Wahlsystem, eine dem deutschen Vorbild nachgeahmte Neuerung, hat sich im Großen und Ganzen bewährt. Obwohl bisher noch keine Analysen über Stimmensplitting vorliegen, mag die Erfahrung, mit Wahlkreis- und Parteilistenstimme unterschiedliche politische Präferenzen dokumentieren zu können, für viele Thais ein Grund sein, sich wieder mehr mit Politik zu beschäftigen. Bemerkenswert ist auch, dass insbesondere viele der vermeintlich erfahrenen „Altpolitiker“ die Bedeutung der Fünf-Prozent-Klausel bei der Zweitstimme unter-

schätzt haben. Nicht wenige von ihnen, darunter die von der Bevölkerung nicht geschätzten Mitglieder der Familien Avasahame und Chidchob, verfehlten den Einzug ins Parlament, offensichtlich weil sie zu sehr ihrer regionalen Bekanntheit sowie der Wirkung traditioneller Wählerbeeinflussung vertrauten, sich selbst auf mittleren Listenplätzen sicher fühlten und dabei die hohe Hürde von fünf Prozent der abgegebenen Stimmen unterschätzten: Daraus werden gerade sie mit Sicherheit Lehren für die nächste Wahl ziehen.

Kritisch anzumerken ist, dass die Vorbereitung der Bevölkerung auf ein grundsätzlich anderes Wahlsystem weitestgehend misslungen und gescheitert ist. Dass über zwei Jahre nach der Verabschiedung des Wahlgesetzes ein Großteil der Wahlberechtigten weder davon wusste noch eine Vorstellung vom Zweck der Zweitstimme hatte, deutet auf schwere Versäumnisse des staatlichen Bildungssystems, aber auch der Informationspflicht der Medien, der Aufklärungsversuche zivilgesellschaftlicher Organisationen und vor allem der Nationalen Wahlkommission hin. Diese hielt an Durchführungsbestimmungen fest, die im Einzelfall keine erkennbare rationale Grundlage hatten, jedoch zu einer völlig überflüssigen Verkomplizierung des Wahlvorgangs führten.³⁸⁾ Unter anderem dadurch wurde es einzelnen politischen Kräften möglich, unnötige Wissenslücken zu ihren Gunsten auszunutzen, um gezielte Desinformation zu verbreiten.³⁹⁾

Die Wahlorganisation gehört zu den kritischsten Punkten dieser Zwischenbilanz. Die Reformverfassung vertraute sie der Nationalen Wahlkommission an (ECT), weil die Verfassungsautoren dem bis dahin zuständigen Innenministerium aufgrund einschlägiger Erfahrungen der Vergangenheit nicht das erforderliche Vertrauen schenken wollten. Die ECT hatte von Beginn ihrer Tätigkeit an mit Vorbehalten und verdeckten Widerständen aus den Reihen der Bürokratie zu kämpfen. Ungeachtet dessen nahm sie anlässlich der Senatswahl im März 2000 ihre Aufgabe selbstbewusst wahr und machte auch von ihren umfangreichen Ermittlungs- und Ausschlussbefugnissen gegenüber Kandidaten Gebrauch, die der unzulässigen Wählerbeeinflussung überführt werden konnten. Dafür verdiente sie Anerkennung. Allerdings

38) Dies betrifft insbesondere die Vorschriften darüber, auf welche Weise die Wahlabsicht auf dem Stimmzettel zu markieren ist. Da Wahlberechtigte z.B. ihre Entscheidung anders als durch ein Kreuz markiert hatten, kam es zu einer unerwartet hohen Anzahl ungültiger Stimmen, obwohl die Wahlabsicht nach deutschen Maßstäben eindeutig erkennbar war und als gültige Stimme hätte gezählt werden müssen.

39) Beispielsweise berichteten Landbewohner den Medien, örtliche Parlamentskandidaten hätten wiederholt darauf hingewiesen, dass die Stimmabgabe ungültig werde, wenn Wahlkreis- und Parteilistenstimme nicht für dieselbe Partei abgegeben würden.

versäumte sie es, bei der Wahl zum Repräsentantenhaus aus ihren Fehlern zu lernen. Unzulänglichkeiten wie nicht ausreichende vorhandene Stimmzettel, fehlerhafte Wählerverzeichnisse, unverhältnismäßig lange und nicht immer völlig transparente Stimmauszählungen, unzureichend qualifizierte Provinzwahlkommissare und Wahlhelfer sowie der in einigen Fällen nicht völlig widerlegte Verdacht unzulässiger Handlungen von Provinzwahlkommissionen haben dem Ruf der ECT ebenso geschadet wie die vor allem in überregionalen Medien geäußerte Vermutung, angesichts von „roten Karten“ für nur relativ wenige der Wählerbeeinflussung überführte Kandidaten hätten die fünf nationalen Wahlkommissare bei diesem Urnengang ihre Kompetenzen bewusst nicht voll ausgeschöpft, um ihre persönliche und die Zukunft der ECT nicht durch spätere gezielte Gegenaktionen von Politikern zu gefährden.⁴⁰⁾ Diese Furcht mag nicht unberechtigt sein, denn schon jetzt hat u.a. ausgerechnet der konservative Reformgegner Sanoh Thientong die Bildung eines Parlamentsausschusses des Repräsentantenhauses gefordert, der die Tätigkeit der sogenannten unabhängigen Institutionen kontrollieren soll. Dazu zählen neben der ECT u.a. auch das Verfassungsgericht, die Nationale Anti-Korruptionskommission und die Nationale Menschenrechtskommission. Sollte dieser Ausschuss tatsächlich eingesetzt werden, bedeutete er eine reale Gefährdung der unabhängigen Arbeit der genannten Institutionen, die sich dann erneut jenem politischen Druck ausgesetzt sähen, vor dem die Verfassungsauctoren sie schützen wollten.

Die Verfassungsabsicht, Stimmenkäufen durch verschärfte Strafandrohungen für die Täter und anderen Maßnahmen die Grundlage zu entziehen, war die größte Herausforderung der politischen Kultur. Dabei hat sich bei der Wahl im Januar wiederum gezeigt, dass dies ein unerhört wichtiges Mittel ist und bleiben wird, gegen das es derzeit keine wirksame Strategie gibt. Statt sich von harten Strafen beeindrucken zu lassen, wird es von den Tätern in verfeinerter Form weiter angewandt unter der Maxime, sich eben nicht ertappen zu lassen. Dass dabei gezielt gravierende soziale Missstände und tradierte Verhaltensweisen der Zielgruppen – wie z.B. der fest verwurzelte Glaube, aus Dankbarkeit für ein

40) Besonders deutlich kommt dies zum Ausdruck im *Far Eastern Economic Review*, 8. Februar 2001, S. 16-19.

Geldgeschenk eine Leistung in Form der Stimmabgabe für die „kaufende“ Partei erbringen zu müssen – ausgenutzt werden, zeigt, dass zunächst politischer Handlungsbedarf in anderen Bereichen besteht, bevor das Grundübel des Stimmenkaufs erfolgreich eingedämmt werden kann. Auch wenn diese Erkenntnis nicht in herkömmliche westliche politikwissenschaftliche Analyseschablonen passt, bleibt es dabei: „Thais have hearts-for-hire.“⁴¹⁾

41) Diese Bemerkung einer älteren Thai zitiert Michael H. Nelson, Senior Researcher am King Prajadhipok's Institute (KPI), einer halbstaatlichen thailändischen politischen Bildungseinrichtung, in seinem Papier „Bangkok Political Games Confront Provincial Realities“, zu beziehen über: mhnelson_kpi@hotmail.com

■ Ausblick

Thaksin Shinawatra hat ein neues Kapitel in der politischen Geschichte Thailands aufgeschlagen. Wenn auch nicht als Phoenix aus der Asche, so erscheint er doch dem weit überwiegenden Teil der Bevölkerung als Retter in der Not, der zur richtigen Zeit in das entscheidende Amt gelangt ist und die erforderlichen Referenzen vorweisen kann. Der Medientycoon hat geschickt die Stimmungslage der Bevölkerung erkannt und zu seinen Gunsten ausgenutzt. Nichts und niemand hätte ihn unter den gegebenen Umständen daran hindern können. Risikoreich für das Gelingen seines Vorhabens, Thailand aus der Krise zu führen, sind zum einen einige seiner politischen Verbündeten, die durch ihre Biographie diametral dem entgegenstehen, was das Land derzeit wirklich bräuchte, nämlich eine entschiedene Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses unter größtmöglicher Transparenz und Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze. Zum anderen hat Thaksin wie kaum ein anderer Politiker vor ihm derart hohe Erwartungen innerhalb der Bevölkerung geweckt, dass seine Regierung schon am Anfang unter so gewaltigem Druck steht, der ihr Angst vor der eigenen Courage machen könnte. Während westliche Wählerschaften an Wahlversprechungen gewöhnt sind, die regelmäßig nicht erfüllt werden, haben die Thais diesem Premierminister während seines Wahlkampfes einen immensen Vertrauensvorschuss gewährt, täten aber gut daran, sich auf Enttäuschungen vorzubereiten. Thaksin würde unabhängig davon eine nicht unerhebliche Schuld auf sich laden, wenn er die Einlösung aller gemachten Zusagen schuldig bliebe. Ob er seine anspruchsvollen Pläne verwirklichen kann, hängt in vielen Fällen von der Qualität der Administration der Projekte ab. Dabei hoffen nicht wenige,

dass der erfolgreiche Unternehmer Thaksin bewährte Verfahren aus der Wirtschaft in die Politik übertragen kann. Thailand steuert deshalb unausweichlich auf eine engere Verbindung von Politik und Geschäft zu. Welche Rolle das Recht dabei noch spielen wird, bleibt offen: Thaksin weiß, dass es seine politische Karriere schneller als erwartet beenden kann, und deshalb glaubt man ihm, wenn er in großer Offenheit erklärt, aus seiner Sicht dürfe das Recht nicht zum Hindernis für politisches Handeln werden.

Die Thais mit ihrer traditionellen Vorliebe für unkomplizierte, bequeme Lösungen haben am 6. Januar 2001 unzweifelhaft die Regierung bekommen, die sie ausdrücklich wollten. Ob es die Regierung ist, die sie verdienen, bleibt abzuwarten.

Das Manuskript wurde am 28. Februar 2001 abgeschlossen.